

## **Umfairteilen**

### **Arbeitsheft zur Verteilungspolitik**

#### **Hinweis:**

Bei dieser .pdf-Datei handelt es sich um eine gegenüber der Druckversion verschlankte Ausgabe des Arbeitsheftes »Umfairteilen«. In der gedruckten Fassung enthält das Arbeitsheft zahlreiche Fotos und Schaubilder, sowie praktische Handlungshilfen für die örtliche Arbeit (Aktions- und Veranstaltungsideen, Musterflugblätter). Schaubilder und Handlungshilfen stehen im Internet unter: [www.erwerbslos.de/fteilen/fteilen.htm](http://www.erwerbslos.de/fteilen/fteilen.htm)

Das gedruckte Arbeitsheft kostet im Einzelversand 6,- DM (einschl. Versandkosten), bei höheren Stückzahlen wird es preisgünstiger: so kosten z.B. 10 Hefte nur 39,20 DM (=3,90 DM pro Heft) bzw. 50 Hefte nur 141,- DM (=2,80 DM pro Heft)

#### **Bezug:**

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Marktstr. 10

33602 Bielefeld

Tel: 05 21/967840

Fax: 05 21/9678422

mail: [info@erwerbslos.de](mailto:info@erwerbslos.de)

oder online bestellen unter: [www.erwerbslos.de/ideenboerse/buecher\\_shop.htm](http://www.erwerbslos.de/ideenboerse/buecher_shop.htm)

Impressum

Herausgeber:

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

mit Unterstützung der IG Metall im Rahmen der Initiative *fairteilen*

Bielefeld, September 2001

Text: Martin Künkler unter Mitarbeit von WortWahl, Büro für Pressearbeit

Grafische Gestaltung: schmidt & pähler, Bielefeld

Druck: AJZ Druck & Verlag GmbH, Bielefeld

## Reichtum und Arbeit „umfairteilen!“

### Arbeitsheft zur Verteilungspolitik, Broschüre, DIN A4, 48 S.

Die Broschüre analysiert den Gegensatz zwischen leeren öffentlichen Kassen und dem immensen Reichtum in privaten Händen, beleuchtet die „Massenphänomene“ Armut und Reichtum, setzt sich mit der aktuellen Debatte zur Neubestimmung von sozialer Gerechtigkeit auseinander und macht Vorschläge für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel. Ergebnisse aus wissenschaftlichen Verteilungsanalysen werden anschaulich dargestellt, Zusammenhänge und Hintergründe aufgezeigt. Die Broschüre, die mit Unterstützung der IG Metall im Rahmen der Initiative *fairteilen* entstand, enthält darüber hinaus mit Aktions- und Veranstaltungsideen sowie Musterflugblättern praktische Handlungshilfen für die örtliche Arbeit.

Preisliste - inklusive Porto und Versand		
Stückzahl	Gesamtpreis (DM)	Preis pro Heft (DM)
5	21,00	4,20
10	39,20	3,92
20	73,00	3,65
50	141,00	2,82
100	270,00	2,70

**Bezug:** Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen  
Marktstr. 10, 33602 Bielefeld, T: 0521/96784-0, F: -22, e-mail: info@erwerbslos.de  
**Online bestellen:** [www.erwerbslos.de/ideenboerse/buecher\\_shop.htm](http://www.erwerbslos.de/ideenboerse/buecher_shop.htm)

---

### Bestellzettel per Fax: 0521/9678422

Hiermit bestellen wir gegen Rechnung \_\_\_\_\_ Exemplare des Arbeitsheftes „Umfairteilen“.

Absender:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

<b>Geleitwort</b>	<b>2</b>
<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Kassensturz: Zu wenig Geld in der Kasse?</b>	<b>5</b>
Vermögensbestand, Wirtschaftswachstum, Volkseinkommen	5
Ursachen der Staatsverschuldung	6
»Hans Eichel-Spezial-Sparen«: rot-grüne Haushaltskonsolidierung	6
Eigentum verpflichtet	7
Erdrückende Steuerlast?	7
Mehreinnahmen – wofür wir Geld brauchen	8
<b>Kartoffeln oder Kaviar. Armut und Reichtum in einem reichen Land</b>	<b>9</b>
Verteilung von Einkommen und Vermögen	9
Armut in Deutschland	9
Was ist arm - was ist reich?	10
Ursachen für Armut und ungleiche Verteilung	11
Pro und contra Mindestlohn	12
Armut bekämpfen, Teilhabe sichern	13
Vermögenssteuer	13
Weitere Quellen für zusätzliche öffentliche Einnahmen	13
<b>Nicht arm, nicht reich. Soziale Schieflage in der Mitte der Gesellschaft</b>	<b>14</b>
Leben im prekären Wohlstand	14
Soziale Schieflage: Arbeitnehmer und Erwerbslose benachteiligt	14
Soziale Schieflage: Wer zahlt, wer profitiert? (Steuerbelastung, Sozialversicherungsbeiträge, Familienlastenausgleich)	15
Umfairteilen - Für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel	16
<b>Drei Geschichten von Hüten, Möhren und Würfelspielen. Was ist gerecht?</b>	<b>17</b>
Leitbild Leistungsgerechtigkeit	17
Neoliberalismus: Ungleichheit fördert Wirtschaftswachstum	17
Was ist »Soziale Gerechtigkeit«? - Grundsatzdebatte in der Sozialdemokratie	18
Soziale Gerechtigkeit = Chancengleichheit?	18
Soziale Gerechtigkeit heißt Beteiligung	19
Ungleichheit: Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung	19
<b>Erst geht die Arbeit, dann das Vergnügen. Arbeit umfairteilen!</b>	<b>21</b>
Arbeitsproduktivität und Arbeitsvolumen	21
Arbeit solidarisch teilen	21
Überstunden: Jetzt ist aber Feierabend!	22
Arbeitszeitgesetz: Höchstarbeitszeit begrenzen	22
Arbeitslosenversicherung »armutsfest« machen	24
Bedarfsorientierte Grundsicherung	24
<b>Daten und Fakten</b>	<b>27</b>
Armutsgrenzen und -quoten	27
Reichtumsgrenzen und Ausmaß des Reichtums	27
Vermögenskonzentration	28
Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen	28
Sozialhilfeniveau und Regelsätze	29
Arbeitslosengeld und -hilfe	29
Arbeitslosigkeit und Beschäftigungslücke	29
Relative Armutsgrenze	30
<b>Handlungshilfen</b>	<b>31</b>
Aktionstag am Weltspartag	31
Tipps für Aktionen auf Straßen und Plätzen	32
Ausblick: Kampagne »Arbeit umfairteilen«	36
Fotowettbewerb fairteilen	39
Musterflugblätter:	
Vermögenssteuer	42
ungerechte Verteilungsmechanismen	43
Soziale Absicherung armutsfest machen	44
Überstunden zu Neueinstellungen	45
Veranstaltungsideen	46
ReferentInnen	47
Tipps zum Weiterlesen	48

## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wer wollte es leugnen: Dieses Land ist, was die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums angeht, in die Schiefelage gerutscht. Erneut hat dies der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gezeigt. Die soziale Schiefelage fordert eine politische Antwort, einen verteilungspolitischen Richtungswechsel. Doch der bleibt – trotz regierungsamtlichem Armuts- und Reichtumsbericht – bislang aus.

Um für einen solchen Wechsel in der Verteilungspolitik zu werben, hat die IG Metall die Initiative **fairteilen** gestartet. Dabei schwingen wir keine großen Keulen, präsentieren nicht den einzig wahren Königsweg der gerechten Verteilung. Sondern wir laden zur verteilungspolitischen Diskussion ein, wie die soziale Schiefelage in diesem Land überwunden, wie mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden kann.

Diese Einladung haben die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen angenommen - unter anderem mit dieser Broschüre. Denn: **fairteilen** ist ureigene Sache der Erwerbsloseninitiativen. Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen engagieren sich für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel; sie fordern einen leistungsstarken Sozialstaat und dessen gerechte Finanzierung, fordern eine Beschäftigungspolitik, die auch die Umverteilung der vorhandenen Arbeitszeit nicht scheut.

Dass Ihr unsere Initiative **fairteilen** so tatkräftig aufgegriffen habt, dafür möchte ich Euch danken. Ich wünsche Euren Initiativen u.a. am Weltspartag und unserer gemeinsamen Engagement für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel viel Erfolg.



Euer

**Jürgen Peters**

2. Vorsitzender der IG Metall

Wir wollen es wissen: Wieviel Ungleichheit können wir uns leisten, wenn die Gesellschaft nicht auseinander fliegen soll? Wie viel privaten Reichtum können wir uns leisten, wenn die öffentliche Infrastruktur und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit keinen Schaden nehmen sollen?

Wieviel Armut und Benachteiligung können wir zulassen, ohne dass der Anspruch der demokratischen Gesellschaft jeden Boden verliert?

Wir reden über Einkommen, Vermögen und Teilhabe am Wohlstand. Wir reden darüber, wie viele wenig haben und wie viele zuviel haben. Denn wir wollen eine Debatte über Armut und Reichtum, über Wohlstand und Lebenschancen in diesem Land. Wir wollen eine Debatte über die ungleiche Verteilung und über die Spielregeln, die diese Verteilung bestimmen.

Das vorliegende Arbeitsheft will zur Diskussion anregen und setzt den privaten Reichtum und die materiellen Möglichkeiten einer reichen Gesellschaft ins Licht. Sie beinhaltet Fakten, die nicht täglich in der Zeitung zu lesen sind, zeigt Hintergründe und Zusammenhänge auf und stellt zur Diskussion, was getan werden könnte, damit es gerechter zugeht.

Der Ideengeber für das Arbeitsheft war die Initiative **airteilen** der IG Metall. Diese Initiative hat bei den gewerkschaftlichen Arbeitslosen große Beachtung gefunden. Auch das Erscheinen des Arbeitsheftes war nur mit Unterstützung der IG Metall im Rahmen von **fairteilen** möglich. Für diese Unterstützung bedanken wir uns.

Mit dem Arbeitsheft liefern wir kein Programm, in dem alle Forderungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen aufgelistet sind und auch keine umfassende Abhandlung sämtlicher Verteilungsfragen. Vielmehr werden einige, für die Lebenslage von Erwerbslosen bedeutsame Aspekte herausgegriffen. Dabei bildet die Steuerpolitik einen Schwerpunkt. Sie hat erheblichen Einfluss auf die Mittel, die für soziale Absicherung und Beschäftigungspolitik zur Verfügung stehen und ist darüber hinaus ein zentrales Politikfeld der rot-grünen Bundesregierung.

Im ersten Kapitel beleuchten wir den Gegensatz von leeren öffentlichen Kassen und gesellschaftlichem Reichtum. Im zweiten Kapitel betrachten wir die Ränder der un-

gleichen Verteilung, die Massenphänomene Armut und Reichtum. Soziale Schief lagen bedeuten jedoch nicht nur Ausgrenzung am unteren Rand, sondern sie reichen weit bis in die Mitte der Gesellschaft. Damit befasst sich das dritte Kapitel. Im vierten Kapitel nehmen wir verschiedene Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit unter die Lupe und hinterfragen die populäre Behauptung, Ungleichheit sei gut für die wirtschaftliche Dynamik. Im abschließenden fünften Kapitel geht es um »Arbeit **fairteilen**« sowie eine ausreichende Absicherung bei Erwerbslosigkeit.

Das Arbeitsheft will aber auch zum Reden und Handeln ermutigen. Die diesjährige Tagung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen – unterstützt von IG Metall und ver.di – stand ganz unter dem Motto »Einkommen und Arbeit **fairteilen**«. Einige der Arbeitshilfen, Aktionsideen und Musterflugblätter am Ende dieses Heftes sind das Ergebnis dieser Tagung.

Am 30. Oktober, dem Weltspartag der Sparkassen und Banken wollen Arbeitslosengruppen vielerorts unter dem Motto »Reichtum **fairteilen** – Vermögenssteuer einführen« auf die Straße gehen. Unterstützt diese Aktivitäten, beteiligt Euch.

Auch über diesen Tag hinaus, auch im Wahljahr wollen wir uns einmischen und die Verteilungsfrage stellen. Denn ein verteilungspolitischer Richtungswechsel steht nach wie vor noch aus. IG Metall und Arbeitslosengruppen können einen solchen Kurswechsel nicht herbeizaubern. Aber sie können einen Beitrag leisten, politische und gesellschaftliche Mehrheiten für eine andere, gerechtere Verteilung zu gewinnen. Das wollen wir tun.

### **Martin Künkler**

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Bielefeld, September 2001

# Zu wenig Geld in der Kasse?

# Kassensturz

*Die öffentlichen Kassen sind leer, und es muss gespart werden – ein oft gehörter Satz. Die fetten Jahre sind vorbei, und Ebbe herrscht in den Sozialhaushalten. Klischees sind bildreich, ansprechend und werden deshalb nur selten in Frage gestellt. Die öffentliche Armut ist ein solches Bild, mit dem wir uns längst vertraut gemacht haben.*

Fragen wir trotzdem: Sind die Löcher in den öffentlichen Budgets tatsächlich eine Dauereinrichtung? Müssen wir uns damit abfinden, dass Sozialleistungen schlechter werden, dass Schulbücher von den Eltern bezahlt werden müssen oder Bibliotheken und Schwimmbäder dicht machen? Welche Wege führen aus der chronischen Unterfinanzierung: Mehr Sparen oder mehr Einnehmen?

Früher ging der Klingelbeutel herum. Man überlegte sich vorher, wie viel Geld man geben wollte und hielt seinen Beitrag in der Hand; manche gaben Hartgeld andere gefaltete Scheine. Jede/r tat nach seinem/ihrer Vermögen unauffällig und geräuschlos hinein, was von ihm oder ihr erwartet wurde.

Von Hand zu Hand wanderte der Geldsack, der so langsam schwerer wurde. Selbst wer gerade knapp bei Kasse war, mochte nicht unter den aufmerksamen Augen der gläubigen Gemeinde sein Scherflein zurückhalten.

Das Modell funktionierte, aber es war undemokratisch. Denn über die Nutzung des Spendengeldes konnte die spendende Gemeinde nicht mitbestimmen. Aber der Kirchengemeinde mangelte es nie an Geld, sei es für die notwendige Renovierung der Kirche oder für die geharkten Kieswege davor.

Heute ist das Geldeintreiben anders organisiert. Statt freiwilliger Spenden gibt es feste Steuersätze, statt der Selbsteinschätzung die Bilanzprüfung. Anders als früher ist die »Gemeinde« nicht vom Wohlwollen und den milden Gaben der wohlhabenden Menschen auf den besten Plätzen in der Kirche abhängig. Das ist die gute Nachricht. Anders als früher kann die Gemeinde heute aber nicht mehr durch schieren Druck und erwartungsvolle Blicke einfordern, dass reiche Bauern mehr zu geben haben als arme. Ohne feste Regeln, ohne Steuerfahndung und Steuergesetzgebung - und feste politische Absichten - geht es nicht. An diesem Punkt steht - und stockt - die heutige Debatte um die soziale Gerechtigkeit und den fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich.

## Ist Reichtum Privatsache?

Die Diskussion darum, wie Einkommen und Vermögen verteilt werden sollen, wird mit viel Emotion geführt. Die einen, die viel besitzen, führen an, dass sie hart für ihren Wohlstand geschuftet haben oder durch Investitionen Arbeitsplätze schaffen. Wer die bestehende Verteilung in Frage stellt, muss sich nicht selten Sozialneid vorhalten lassen. Doch die Frage bleibt: Geben diejenigen, deren Einkommen groß oder sogar gewaltig ist, genug in die Gesellschaft zurück? Oder werden sie über Gebühr begünstigt und sollten stärker zur Kasse gebeten werden?

**Dagobert Duck ist einmalig. Schamlos, unverschämmt und radikal reich. Zu seinem sagenhaften Wohlstand ist er gekommen, weil er geschäftstüchtig und schlau ist und weil er sich niemals scheut, seinen Neffen Donald über den Tisch zu ziehen.**

**Das Comicbild vom Wohlstand ist bestechend. Reichtum und Konzentration von Geld sind auf eine Person gemünzt. Schade, dass die Reichen hierzulande nicht wie Dagobert horten. Dann würden der Reichtum und die materiellen Möglichkeiten der Gesellschaft sichtbar.**

## Armes Deutschland?

Alle privaten Haushalte zusammen besitzen rund 7 Billionen Mark allein an Geldvermögen.

Das ist eine für Normalverdiener und Habenichtse unglaublich große Menge Schotter: Stellen wir uns vor, dicke Päckchen druckfrischer Geldscheine würden so gestapelt, dass ein Meter Höhe genau einer Million Mark entspricht. Ein Lottogewinn von satten 3 Millionen Mark reicht somit bis zur Zimmerdecke. Das Vermögen der Familie Miele von 3 Milliarden Mark<sup>[1]</sup> liegt als Geldberg mit der Zugspitze gleichauf. Das gesamte Geldvermögen übersteigt den Mount Everest um ein Vielfaches: Nicht zweimal, nicht fünf- oder zehnmals, sondern 800 mal. Aus diesem Geldvermögen erzielen die Besitzenden rund 230.000.000.000 Mark an Zinsen und Dividenden im Jahr.<sup>[2]</sup>

Hinzu kommen noch Haus- und Grundbesitz sowie das Gebrauchsvermögen. Auf 18 Billionen Mark wird das Vermögen der Privathaushalte insgesamt geschätzt.<sup>[3]</sup>

Die Gesellschaft als Ganzes ist also nicht arm. Nur ist jedes einzelne Mitglied unterschiedlich begütert, denn Hab und Gut sind höchst ungleich verteilt. Und der beträchtliche Reichtum findet sich nicht in den öffentlichen Kassen wieder. Der beträchtliche Reichtum liegt auf den privaten Konten.

Die privaten Vermögen sind *ein Ausdruck* für den Reichtum im Land. Insgesamt entspringt der gesellschaftliche Reichtum aus der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, aus dem arbeitsteilig produzierten Volkseinkommen:

**1. WIRTSCHAFTSWACHSTUM:** Das Bruttoinlandsprodukt fasst in nur einer Zahl die wirtschaftliche Leistung eines Landes zusammen. Der Wert aller in einem Jahr neu geschaffenen Güter und Dienstleistungen sind darin angegeben.

Das Jahr 2000 war ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr. Das Wirtschaftswachstum betrug 3 % gegenüber dem Vorjahr. Aber auch hinter anscheinend mickrigen Wachstumsraten versteckt sich ein beeindruckender Zuwachs an wirtschaftlicher Leistung, denn die Prozentangaben beziehen sich auf einen bereits sehr großen Warenberg einer hochentwickelten Wirtschaft. So steht 1 % Wirtschaftswachstum für mehr produzierte Waren und Dienstleistungen im Wert von 38 Milliarden Mark.

Seit dem Jahr 1991 ist das Bruttoinlandsprodukt um fast 15 % gewachsen. Eigentlich müsste es Ende des Jahrzehnts jedem Bundesbürger und jeder Bundesbürgerin 15 % besser gehen.<sup>[4]</sup>

**2. PRO-KOPF-VOLKSEINKOMMEN:** Mit dem Wirtschaftswachstum steigt auch das Volkseinkommen. Und zwar ganz erheblich, wie die langfristige Entwicklung zeigt. Von Anfang der siebziger Jahre bis zum Ende der neunziger Jahre stieg das Pro-Kopf-Einkommen um über ein Drittel auf rund 33.000 Mark<sup>[5]</sup> an – real, also mit eingerechnet, dass man heute für eine Mark weniger kaufen kann als damals. Pro Kopf stehen heute somit erheblich mehr Mittel für den Lebensunterhalt, soziale Absicherung oder Ausbildung zur Verfügung als zu einer Zeit, da Vokabeln wie »goldenes Zeitalter«, »Wohlstand für alle« und »Wirtschaftswunder« das Denken prägten.

Aber nicht der im historischen und im internationalen Vergleich unvorstellbare Reichtum sondern die leeren öffentlichen Kassen bestimmen das Bild.

## Stichwort Staatsschulden

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden belaufen sich zusammen auf 2,3 Billionen Mark. Verteilt man auf jeden Einwohner vom Säugling bis zum Greis diese öffentlichen Schulden, so trägt jeder ein Minus von 28.000 DM mit sich herum. Wenn Eltern anfangen in Schulen ehrenamtlich den Besen zu schwingen, wenn der offene Jugendtreff sein Angebot zurückfährt oder »unrentable« Nahverkehrsstrecken stillgelegt werden, dann sind das die unmittelbaren Auswirkungen der Haushaltsmisere.

Mit dem auf den ersten Blick beängstigenden Schuldenstand lässt sich prima Politik machen. Mit Verweis auf die Schulden wird nahezu jeder Reformvorschlag abgebügelt. Dabei wird die Haushaltslage jedoch zu dramatisch und einseitig in düsteren Farben dargestellt. Denn es wird verschwiegen, dass es sinnvoll und notwendig ist, Zukunftsinvestitionen über Kredite zu finanzieren. Wären in der Vergangenheit alle Ausgaben etwa für Bildung, Verkehrswege oder Forschung ohne Kredite und ausschließlich aus den laufenden Einnahmen finanziert worden, dann hätte entsprechend weniger Geld investiert werden können und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit würde weit unter dem heutigen Stand liegen.

Haushaltslöcher fallen auch nicht vom Himmel und sind auch keine naturgesetzliche Zwangsläufigkeit. Sie haben von Menschen gemachte Ursachen. Dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, kann nicht zutreffen, da steigende Wirtschaftsleistung und Volkseinkommen diese Wohlstandsverhältnisse durchaus erlauben. Zu den wesentlichen Gründen für die hohe Staatsverschuldung gehören nicht zu hohe Ausgaben, sondern zu geringe Einnahmen. Der angehäufte Schuldenberg ist die Folge von nicht gemachten Hausaufgaben und politischen Weichenstellungen, die an einen Selbstmord erinnern.

**UNERLEDIGTE HAUSAUFGABEN:** Die alte und die neue Bundesregierung haben das Problem der Massenerwerbslosigkeit nicht gelöst. Wer keine Arbeit hat, kann weniger Sozialabgaben und *weniger Steuern* zahlen und ist auf *mehr staatliche Unterstützung* angewiesen.

**POLITISCHER SELBSTMORD:** Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wurden zunehmend von der Finanzierung öffentlicher Aufgaben verschont. Die Gewinnsteuerquote, also das Steueraufkommen aus Gewinnen in Prozent, wurde drastisch auf ein historisches Minimum abgesenkt. Wäre die Steuerbelastung der Gewinne seit 1980 im Gleichschritt mit der Steuerbelastung der Löhne und Gehälter gestiegen, dann wären schon bis 1997 zusätzlich 1176 Milliarden Mark in die Staatskasse geflossen. Das entspricht gut der Hälfte des Schuldenstandes von 1997.<sup>[6]</sup>

## Sparen - Gut!?

Der Finanzminister findet für seinen Sparkurs durchaus viel Zustimmung. Viele Menschen haben sich an den Gedanken gewöhnt, dass die Kassen leider leer sind und alle, aber auch alle den Gürtel enger schnallen müssen. Selbst diejenigen, die ihren Gürtel schon in den vorangegangenen Sparrunden abgeben mussten.

»Sind Sie bereit, zur Entlastung der kommenden Generationen Einsparungen hinzunehmen?«, fragte *Die Woche* anlässlich der einsetzenden Debatte um Finanzminister Eichels Sparpaket. Rund zwei Drittel der Befragten im Westen und 37 % im Osten bejahten, dass Sparen ein Gebot der Generationengerechtigkeit sei.

## Die Spareffekte auf einen Blick:

### INVESTITIONSAUSGABEN DES BUNDES

(Sachinvestitionen, Zuweisungen/Zuschüsse und Darlehen/Beteiligungen):

- 1992 wurden 65,8 Milliarden Mark investiert
- 1999 wurden 56 Milliarden investiert
- 2003 sind 53,3 Milliarden an Investitionen geplant<sup>[7]</sup>

Nur wird den kommenden Generationen mit solcherart Haushaltskonsolidierung ein Bärendienst erwiesen. Mit den Kürzungen im Haushalt bleiben auch notwendige Investitionen zur Modernisierung der Infrastruktur unerledigt. Was nützt es kommenden Generationen, wenn sie marode Abwasserkanäle, unzureichend ausgestattete Schulen und Universitäten und rückständige Verkehrssysteme vorfinden? Was nützt es ihnen, wenn ausbleibende Investitionen in die Zukunft die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft geschwächt haben?

## Hans Eichel-Spezial-Sparen

Im November 1999 beschloss der Bundestag ein Gesetz zur Haushaltssanierung. Das so genannte Sparpaket sieht vor, dass bis zum Jahr 2003 insgesamt 160 Milliarden Mark eingespart werden sollen. Der Löwenanteil betrifft den Etat des Arbeitsministers; allein 40 Milliarden werden zu Lasten von Erwerbslosen gespart.<sup>[8]</sup>

Die »nachhaltige Begrenzung des Ausgabenanstiegs« ist gepaart mit einer Steuerreform, der größten Steuer-senkung in der Geschichte der Bundesrepublik. Geringverdienende, Arbeitnehmer und Familien werden steuerlich entlastet. Ihnen bleibt mehr Geld im Portemonnaie – und das ist gut so. Aber auch Spitzenverdiener und Unternehmen profitieren kräftig. Darüber wird noch zu reden sein. Insgesamt werden die Steuerzahler im Zeitraum 1998 bis 2005 um sage und schreibe 93 Milliarden Mark entlastet. 93 Milliarden weniger Steuern bedeuten 93 Milliarden geringere Staatseinnahmen. 93 Milliarden, die erst einmal fehlen.

Unter »Sparen« verstehen wir normalerweise, nicht das ganze Geld auf den Kopf zu hauen, sondern einen Teil zur Seite zu legen. Etwa für den nächsten Urlaub oder eine neue Waschmaschine. Weiterhin meinen wir mit »Sparen« manchmal auch, uns einzuschränken und weniger auszugeben, wenn wir gerade knapp bei Kasse sind. Das »Hans-Eichel-Spezial-Sparen« ist offensichtlich etwas anderes, etwas sehr Eigentümliches: eisernes Sparen und Kürzen und gleichzeitig selbst dafür sorgen, dass weniger Geld in die Kasse kommt. Hier geht es nicht darum, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Hier steckt ein anderer Plan dahinter: Senken wir die Steuern, dann klappt es auch mit dem Wirtschaftswachstum und den Arbeitsplätzen. Ob dieser Plan kühn aber genial oder eine Milchbubenrechnung ist, nehmen wir im vierten Kapitel

unter die Lupe. An dieser Stelle geht es nur um das Eigentümliche und Besondere am Sparkurs der Bundesregierung: Selbst ein zwölfjähriges Kind würde auf die Barrikaden gehen und »Halt, seid ihr verrückt geworden!« rufen. Dann nämlich, wenn seine Eltern das Taschengeld streichen und der Kindergeburtstag ausfallen soll, weil Ebbe in der Kasse ist, seine Eltern jedoch gleichzeitig Geld an die reichen Nachbarn verschenken und auch dankend den Zuschuss der wohlhabenden Oma zur Haushaltskasse ablehnen.

## Der Bundeshaushalt – kein Familienbudget

Aber der Vergleich hinkt, der Bundeshaushalt ist keine private Haushaltskasse. Wenn da das Geld nicht mehr reicht, hat die Familie nur eine Möglichkeit mit dem vorhandenen Einkommen auszukommen: Nämlich Sparen. Zusätzliche Einnahmen kann sie nicht haben.

Der Finanzminister aber ist kein Familienvater und sein Budget nicht vergleichbar mit der Haushaltskasse einer Familie. Er hat es besser – vorausgesetzt, der politische Wille ist da. Man kann Haushaltslöcher nämlich von zwei Seiten zuschütten: Durch Sparmaßnahmen und durch Mehreinnahmen.

## Eigentum verpflichtet

Im Grundgesetz ist nicht nur das private Eigentum garantiert - es ist gepaart mit einer sozialen Verpflichtung. Denn dafür, dass Einkommen und Vermögen entstehen, sich mehren und entwickeln, tut die öffentliche Hand einiges: vom Straßenbau über Steuererleichterungen bis zu den Bildungssystemen.

Wenn die Gesellschaft als Ganzes arbeitsteilig das Volkseinkommen erwirtschaftet, dann darf das Einkommen, das Einzelnen zufließt nicht allein deren privater Besitz sein. Es darf erst recht nicht allein privater Besitz sein, wenn es ausschließlich auf der Arbeit anderer beruht oder *ohne eigene Arbeitsleistung* alleine aus Zinsen und Dividenden stammt.

### Ein paar Fakten auf einen Blick:

- **18 Billionen Mark an privaten Vermögenswerten (das sind 18.000 Milliarden Mark) müssen in der Bundesrepublik nicht versteuert werden.**
- **Allein das Geldvermögen in privaten Händen stieg zwischen 1993 und 2000 um 2.394 Milliarden Mark an.**
- **10 % der Haushalte verfügt über ein 42 % des Nettovermögens.<sup>[9]</sup>**

Anlässlich der Debatte um das Sparpaket fragte *Die Woche* im Sommer 1999 ihre Leserinnen und Leser: »Einige Politiker wollen aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit zusätzlich zum Sparpaket eine Vermögens- oder eine höhere Erbschaftsteuer erheben. Finden Sie das richtig?« Die Antwort lautete »Nein«. Gut die Hälfte der Deutschen lehnt jede weitere Steuererhöhung ab. Wohl auch aus Sorge um das mühsam zusammengesparte Häuschen und aus Angst, das eigene Sparbuch solle geplündert werden. Wie wären die Antworten ausgefallen, wenn ganz konkret der Vorschlag der IG Metall für eine Vermögensabgabe zur Abstimmung gestanden hätte? »Die IG Metall fordert eine Abgabe von 1 % auf sehr große Vermögen. Nettovermögen bis eine Million Mark sollen dabei steuerfrei bleiben. Betroffen wären nur die 3 % der reichsten Haushalte. Was halten Sie davon?«

---

*»Im Grundgesetz ist das private Eigentum als Grundlage unserer Demokratie garantiert. Aber eine Eigentumsgarantie ist keine Reichtumsgarantie. Und das Grundgesetz begreift Eigentum nicht als persönliche Angelegenheit. Zu Recht – es entsteht ja oft erst daraus, dass die Allgemeinheit Vorleistungen erbringt, Steuern erlässt, ein Gewerbegebiet ausweist...« Sozialwissenschaftler Ernst-Ulrich Huster, Süddeutsche Zeitung vom 25.4.2001*

---

### Kursgewinne verschenkt!

**1999 w ren etwa 120 Milliarden Mark zus tzlich in die Bundeskasse geflossen, wenn man sich in Berlin am amerikanischen oder britischen Modell zur Aktienbesteuerung orientieren w rde.<sup>[10]</sup>**

## Erdrückende Steuerlast?

Die Redensart von der »erdrückenden Steuerlast« vermittelt den Eindruck, als würde Eigentum ausreichend oder sogar schon über Gebühr in die Pflicht genommen. Das trifft für untere und mittlere Einkommen auch zu, die über Lohn- und Mehrwertsteuer bereits für öffentliche Aufgaben herangezogen werden. Aber es gibt noch eine andere Steuerwirklichkeit:

- **UNTERNEHMENSSTEUERN** Jammern gehört zum Geschäft. Die deutsche Wirtschaft klagt gern und oft über zu hohe Steuern, die ihre Investitionsmöglichkeiten stark beschränken sollen. Tatsächlich aber zahlen viele Firmen die hohen Gewinnsteuern nicht. So können in Deutschland anders als in anderen Ländern eine Reihe von Abschreibungsmöglichkeiten genutzt werden, wodurch die Steuerlast gemindert wird. In einer Übersicht des amerikanischen Senats vom Januar 1999 steht Deutschland daher an letzter Stelle, was die steuerliche Belastung angeht, und somit an erster Stelle für in- und ausländische Investoren.<sup>[11]</sup> Mit der »Steuerreform 2000« wird die Körperschaftsteuer, die auf Gewinne von Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften oder GmbHs erhoben wird, von 40 auf 25 % gesenkt. Diese Senkung der Steuersätze wird nur teilweise dadurch finanziert, dass Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Unterm Strich kostet die Steuerentlastung 10,6 Milliarden Mark.
- **SPITZENSTEUERSATZ** Von 53 % auf 42 % verringert sich die fällige Steuer bei einem Jahreseinkommen ab 102.000 Mark in drei Stufen bis zum Jahr 2005. Ursprünglich war eine Senkung auf 45 % vorgesehen. Allein die zusätzliche Senkung auf 42 % kostet die öffentliche Hand Steuerausfälle von 16,7 Milliarden DM. Übrigens: Der Spitzensteuersatz wird nicht auf das gesamte Einkommen erhoben. Er wird erst fällig ab jeder zusätzlich verdienten Mark oberhalb der Grenze von 102.000 Mark. Die Einkommensteile bis zu dieser Grenze werden geringer besteuert und somit liegt auch bei Spitzenverdienern der reale Steuersatz deutlich unter dem Spitzensteuersatz.
- **VERÄUSSERUNGSGEWINNE** Verkauft die Dresdner Bank oder die Allianz ihre Beteiligung an einem anderen Unternehmen, dann bleibt zukünftig der Gewinn aus diesem Verkauf steuerfrei. Laut Finanzministerium kostet dieses Steuergeschenk 4,2 Milliarden Mark. Tatsächlich dürfte der Steuerausfall weit höher sein, da in den Firmenbeteiligungen auch stille, unversteuerte Reserven »versteckt« sind.



- **GEWINNE AUS AKTIEN** Auch nach der Steuerreform 2000 bleibt es dabei: Gewinne aus Aktienverkäufen sind nach einjähriger Schonfrist gänzlich steuerfrei. Wer seine Aktien mindestens ein Jahr hält, kann sie anschließend steuerfrei verkaufen.
- **VERMÖGENSSTEUER** In Deutschland leben Reiche nicht schlecht. Die Steuerlast für Vermögen (Grund-, Erbschafts- und Schenkungssteuer, sowie Steuern auf Vermögenstransaktionen) ist in anderen Industriestaaten deutlich höher. Seit 1997 wird eine Vermögenssteuer in Deutschland nicht mehr erhoben.

---

*»Bei der Veräußerung von Betriebsbeteiligungen haben wir den einmaligen Fall, dass die Wirtschaft bereit gewesen wäre, 20 % Steuern auf den Veräußerungserlös zu zahlen, die Regierung aber in ihrem Reformeifer dieses Angebot nicht annehmen wollte.«*

*Oskar Lafontaine, Welt am Sonntag vom 23.7.2000*

---

## Mehreinnahmen - Wofür wir Geld brauchen. Beispiele:

### NAHVERKEHR, SCHULEN UND ÖKOLOGISCHE INVESTITIONEN - AUSBAU DER INFRASTRUKTUR

Privater Reichtum forciert eine zunehmend mangelhafte öffentliche Infrastruktur - darauf läuft die gegenwärtige Sparpolitik hinaus. Auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe zu verzichten, heißt, den Rückgang der kommunalen und staatlichen Investitionen hinzunehmen. Wer den Erhalt und den Ausbau von allgemein zugänglichen kommunalen und staatlichen Infrastruktureinrichtungen vernachlässigt, gefährdet die Modernisierung der Volkswirtschaft und verringert die Teilhabe-Chancen aller. Nur Reiche können sich einen schlanken Staat leisten. Wer den eigenen Pool im Garten hat, der braucht die Schließung des öffentlichen Schwimmbades nicht zu fürchten. Für diejenigen, die sich den Eintritt ins private Spaßbad nicht leisten können, ist eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur von entscheidender Bedeutung.

Auch unter dem Stichwort Generationengerechtigkeit ist Sparen kein Selbstzweck. Wenn durch einen rigiden Sparkurs der Ausbau der Infrastruktur oder des Bildungssystems gefährdet ist, dann werden auch künftige Generationen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein. Ein solcher Sparkurs kann nicht im Interesse kommender Generationen sein.

Es besteht Nachholbedarf beim öffentlichen Nahverkehr, bei der kommunalen Ver- und Entsorgung oder bei der Gesundheitsvorsorge. Rechtzeitige Investitionen zur Reduzierung der Umweltbelastung, der Einsparung von Energie oder bei den Ausgaben im Bildungsbereich sind auch deshalb sinnvoll, weil sie erhebliche langfristige Folgekosten einsparen.

Ohne eine kräftige Aufstockung der öffentlichen Investitionen geht es nicht. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) schlägt als Richtwert ca. 5 % des Bruttoinlandsproduktes als Investitionsquote vor. Damit läge die Quote da, wo sie in den 70er-Jahren angesiedelt war. Im Jahr 1999 lag die Investitionsquote dagegen bei 1,4 % - die Auswirkungen in Form von maroden öffentlichen Gebäuden, fehlenden Schulbussen oder geschlossenen Jugendtreffs bekommen wir im Alltag längst zu spüren.

Die IG Metall schlägt ein öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 30 Milliarden Mark vor, um soziale und ökologische Bedarfe zu decken und Impulse für mehr Beschäftigung zu geben.<sup>[2]</sup> 30 Milliarden Mark - auch das ist für Normalverdiener und Habenichtse eine Menge Holz. 30 Milliarden sind aber andererseits weniger als 0,5 % des Geldvermögens in privaten Händen.

## Den Sozialstaat armutsfest machen

Die Arbeitslosenversicherung ist keine dicht geknüpft Hängematte, in der es sich gut räkeln lässt. Die Absicherung ist löchrig, viele Erwerbslose rutschen durch. Jeder dritte Arbeitslosenhaushalt lebt in Armut und hat noch nicht einmal die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zum Leben. Die Arbeitslosenhilfe beispielsweise, die die Arbeitsämter im Schnitt auszahlen, liegt aktuell bei 985 Mark im Monat. Wenn die Sozialleistungen einmal im Jahr an die Lohnentwicklung angepasst werden, dann wird bei der Arbeitslosenhilfe gleichzeitig um 3 % gekürzt. Im Geldbeutel bleibt noch weniger.

Die generelle Rücknahme der 3-Prozent-Kürzung würde den Bundeshaushalt rund 300 Millionen Mark kosten. Viel zu teuer? 300 Millionen Mark sind weniger als 2 % der Kosten, die durch die weitergehende Senkung des Spitzensteuersatzes entstehen.

Eine bedarfsorientierte Grundsicherung, wie sie IG Metall und Erwerbsloseninitiativen vorschlagen, soll die beitrags- und lohnbezogene Arbeitslosenversicherung nicht ersetzen. Vielmehr ist daran gedacht, einen Mindestsockel einzubauen: Geringe Leistungsansprüche, beispielsweise von Geringverdienenden, sollen aus Steuermitteln auf einen Mindestbetrag aufgestockt werden. Angenommen der Einstieg in eine solche bedarfsorientierte Grundsicherung würde 10 Milliarden Mark pro Jahr kosten. Auch wieder viel Geld. 10 Milliarden sind aber gerade mal 4 % der Zinsen und Dividenden, die den Besitzenden 1998 aus ihrem Geldvermögen zugeflossen sind.

## Umfairteilen - Was sonst?

**Geld ist genug da. Es gilt die vorhandenen materiellen Möglichkeiten stärker für die Gesellschaft insgesamt zu nutzen. Es gilt den privaten Reichtum stärker in mehr Wohlstand für alle zu übersetzen.**

## Armut und Reichtum in einem reichen Land

»Kennen Sie einen Armen?«, fragte Hans-Olaf Henkel kurz vor seinem Ausscheiden als BDI-Präsident sffisant und wollte damit sagen, dass es Armut in Deutschland doch gar nicht gibt. Auch wenn Hans-Olaf Henkel vielleicht keine Armen zu seinen Bekannten z hlt; es gibt sie trotzdem in unserem reichen Land. Das hat sp testens der Armuts- und Reichtumsbericht gezeigt, den die Bundesregierung im April 2001 vorgelegt hat. Jeder elfte Deutsche ist davon betroffen. Der Ex-BDI-Chef ist bekanntlich unversch mt, aber nicht dumm: Wenn Armut nur als Elend und Kampf ums nackte berleben verstanden wird, dann ist das Problem fast schon verschwunden. Was aber bedeutet Armut in der reichen Bundesrepublik? Warum ist der Wohlstand so ungerecht verteilt, und was kann man dagegen tun?

Sie wird noch zu sp t kommen. Wenn sie weiter so tr - delt, ngstlich und den Kopf gesenkt, kommt sie bestimmt zu sp t. Normalerweise nimmt sie gleich zwei Stufen der Treppe vorm Eingang ihrer Schule auf einmal. Aber nicht heute. Heute ist der erste Schultag nach den großen Sommerferien. Gleich werden die anderen in ihrer Klasse von ihren Urlaubserlebnissen erz hlen. Mallorca, Costa Brava, Florida oder Ostseestrand – da kann sie nicht mithalten. Sie wird abseits stehen, kann nicht mitreden. Sie und ihre Familie haben die Ferien zu Hause verbracht – wie jedes Jahr...

Er hat es noch mal durchgerechnet und es klappt. Er kann sich seinen Traum, eine eigene Segeljacht, erf llen. Und das gute daran: Er kann seine Investmentfonds-Anteile trotzdem behalten und auch die Wochenendtrips ins Elsass sind weiterhin drin. Mit einem L cheln erinnert er sich an die Mahnung seines Vaters: »Man kann nicht alles haben, was die Augen sehen.« Er hat es geschafft. Er hat die Freiheit, sich seine W nsche zu erf llen, sein Leben weitgehend frei von Zw ngen zu gestalten...

Umverteilen tut Not, denn die Verteilung von Geld und Gut ist in Deutschland ausgesprochen ungleich, das hat der Armutsbericht der Bundesregierung vom April 2001 festgestellt. Das ärmste Drittel der Bevölkerung muss mit 16% der verfügbaren Einkommen auskommen. Das reichste Drittel bekommt dagegen fast die Hälfte (49 %).<sup>[13]</sup> Beim Vermögen, also bei Haus- und Grundbesitz, Aktien, Wertpapieren und Bauspareinlagen ist die Kluft noch tiefer. Im rechnerischen Durchschnitt hat jeder Haushalt allein 188.000 Mark an Geldvermögen auf der hohen Kante.<sup>[14]</sup> Tatsächlich haben jedoch viele gar nichts und wenige sehr viel.

Während 1,5 Millionen Deutsche Vermögensmillionäre

### Krümel und halbe Sahnetorten

Stellen wir uns das private Nettovermögen, also das Vermögen nach Abzug der Schulden, als Sahnetorte mit 16 Kuchenstücken und die privaten Haushalte als 5 Personen an einer Kaffeetafel vor: eine Person geht ganz leer aus und bekommt überhaupt nichts vom Kuchen ab. Die Zweite erh lt so gut wie nichts, nur ein paar Krümel. Die dritte Person bekommt anderthalb Kuchenstücke. Bleiben nur noch zwei übrig, und unsere Sahnetorte ist noch nahezu unberührt. Die vierte Person nimmt sich vier Stücke und die letzte schaufelt sich gut 10 Stücke, also zwei Drittel der gesamten Sahnetorte auf den Teller<sup>[15]</sup>. Wer wie viel auf den Teller bekommt, bestimmt sich nach den eigentlichen Spielregeln der Kaffeerunde. Es hat wenig damit zu tun, wer von den Familien die Zutaten eingekauft und den Kuchen gebacken hat. Und es hat nichts damit zu tun, wer gerade eine Kalorienzufuhr besonders nötig hat.

sind, brauchen fast drei Millionen Sozialhilfe. Das bedeutet, sie haben gar kein Vermögen, denn das müssen sie erst einmal verbrauchen, bevor ihnen Sozialhilfe zusteht.<sup>[16]</sup>

Zwar kommen verschiedene Untersuchungen zu gegenläufigen Ergebnissen, aber einige Anzeichen sprechen dafür, dass die Kluft zwischen Arm und Reich tiefer geworden ist. Die Zahl der Vermögensmillionäre ist von 1973 bis 1998 fast auf das siebenfache gewachsen (von 217.000 auf 1,5 Mio.). Dagegen hat sich beispielsweise die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen im früheren Bundesgebiet seit 1982 mehr als verdreifacht.<sup>[17]</sup>

---

»In fast allen Lebenslagen hat bis 1998 die Ungleichheit in Deutschland zugenommen.«

Bundesarbeitsminister Walter Riester zum Armutsbericht der Bundesregierung vom April 2001

---

### Armut in Deutschland

Arm sein in Deutschland – das heißt nicht unbedingt Hunger zu leiden oder kein Dach über dem Kopf zu haben. Aber arm sein heißt, sich all das nicht leisten zu können, was für die meisten ganz normal ist, was einen »normalen Lebensstandard« in einem reichen Land eben ausmacht: einmal im Jahr ein schöner Urlaub zum Beispiel, mal raus aus dem Alltag, sich erholen und was Neues sehen, dafür reicht das Budget von Armen einfach nicht. Teure Markenkleidung für die Kinder oder die heiß ersehnte Playstation zu Weihnachten bleiben unbezahlbar. Einfach mal schick essen gehen oder einen Tagesflug in den Freizeitpark machen – unmöglich. Gibt man doch mal Geld für Sachen aus, die eigentlich nicht drin sind, dann reißt das an anderer Stelle ein tiefes Loch. Die alleinerziehende Mutter, die ihren Sohn die Armut nicht so spüren lassen will und ihm zum Geburtstag etwas Besonderes kauft, muss dafür dann auf etwas anderes verzichten, zum Beispiel auf die neue Hose, die sie eigentlich dringend bräuchte.

## In der Schuldenfalle

Oder man schafft schöne Dinge auf Pump an: einen Gebrauchtwagen oder die Schrankwand, die zu »bequemen Monatsraten« angeboten wird. Nur: Ratenzahlungen sind auch Extras im schmalen Geldbeutel von Armen. Oft führen solche Käufe dann in die Überschuldung. Die Zahl der überschuldeten Haushalte in Deutschland ist in fünf Jahren um 30 % gestiegen. 1999 konnten 2,8 Millionen Frauen und Männer ihren Kredit nicht mehr zurückzahlen.<sup>[18]</sup>

*»Arm am Beutel – krank am Herzen.«*

Goethe

### Armut grenzt aus

Wer arm ist, kann oft einfach nicht mitmachen: nicht mit ins Theater, keine Freunde zum Essen einladen, nicht mit anderen Geburtstag feiern.

Arm sein in einer an sich reichen Gesellschaft bedeutet, nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können und vor allem die Gefahr, dass die Chancen der Kinder auf ein »normales« Leben mit gutem Einkommen weit geringer sind. Armut grenzt aus, um so mehr, je länger sie andauert. Der Zugang und die Teilhabe an Bildung, Kultur und Politik hängt auch von den finanziellen Mitteln ab. Die Verteilung von Hab und Gut hat deshalb auch etwas mit unserer Demokratie zu tun. Auch wer arm ist, kann wählen gehen. Doch vom gesellschaftlichen Leben ist er ausgeschlossen.

### Armut macht krank

Arme haben ein mindestens doppelt so hohes Risiko wie Reiche, schwer krank zu werden, zu verunglücken und Gewalt zu erfahren. Das haben Sozialmediziner der medizinischen Hochschule festgestellt. Und: Die Menschen aus der ärmsten Schicht in Deutschland sterben im Durchschnitt sieben Jahre früher als die aus der reichsten Schicht.<sup>[19]</sup>

*»Mein Bruder und ich haben nie was verbrochen.  
Wir sind bei Ämtern und Chefs zu Kreuze gekrochen.  
Doch man wendet sich ab von uns, was mich nicht wundert.  
Denn wir sehen aus wie Kranke aus dem letzten Jahrhundert.  
Wir sind es leid, uns zu schämen.  
Für unsere Zähne, wenn wir auf die Straße gehen.*

*Ich habe keinen Hass auf die Reichen.  
Ich möchte ihnen nur ein bisschen gleichen.  
Ich bin nicht böse geboren.  
Ich wollt nur neue Zähne für meinen Bruder und mich.«*

Superpunk

### Was ist arm – was ist reich?

Wann ist jemand arm? Wenn sein ein Einkommen so gering ist, dass ein normaler, mittlerer Lebensstandard in weiter Ferne liegt. Als arm gilt nach Definition der Europäischen Union, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens in seinem Land zur Verfügung hat (»relative Einkommensarmut«).

*»Gib mir was ab, ich könnt' auch mal etwas Kies gebrauchen.  
Gib mir was ab, ich möcht' auch mal 'ne Davidoff rauchen.  
Gib mir was ab, ich möcht' auch mal in der Südsee tauchen.  
Gib mir was ab, gib mir was ab, gib mir was ab!«*

Rio Reiser

Zwar wird die eigene Lebenssituation nicht einzig und allein durch die Einkommenslage festgelegt. Doch ist das

fehlende Geld der »harte Kern« des Armutsproblems, da es die Versorgungslage in vielen Lebensbereichen bestimmt.

Gegen die Armut, so heißt es oft, gebe es ja die Sozialhilfe. Doch auch die garantiert kein Leben frei von Armut. Alleinstehende müssen beispielsweise ihren laufenden Lebensunterhalt von 560 Mark Sozialhilfe bestreiten<sup>[20]</sup>.

Davon müssen sie alles kaufen, was man im Alltag braucht: Essen und Trinken, Putzmittel, Alleskleber, Briefmarken, Straßenbahnticket, Pflaster und Friseur.

*»Am schlimmsten sind die kleinen L gen,« erz hlt Regina Kahn, alleinerziehende Mutter von zwei Kindern und Sozialhilfeempfängerin. »Zum Beispiel als bei Tobi die Klassenfahrt anstand. 260 Mark sollte die kosten, und die kann ich einfach nicht aufbringen. Alles was ich irgendwie abknapsen kann, das lege ich schon für Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke zur Seite. Wo soll ich dann 260 Mark zusätzlich hernehmen? Und immer zum Amt gehen und um Sonderleistungen betteln – auf Dauer ist das so zermürbend. Naja, jedenfalls habe ich Tobi dann eine Entschuldigung geschrieben für die Klassenfahrt. So brauchte er in der Schule auch nicht zu erzählen, das wir von Sozialhilfe leben.«*

Insgesamt leben 9 % der Westdeutschen und 15 % der Ostdeutschen in Armut. Das heißt, sie verfügen über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens. Weniger als 60 % dieses Durchschnitts haben sogar 17 % der Westdeutschen und 30 % der Ostdeutschen.<sup>[21]</sup>

Wann ist jemand reich? Wenn sein Einkommen deutlich über dem Durchschnitt liegt und einen Lebensstandard weit oberhalb »des Normalen« erlaubt. Über das Doppelte des Durchschnittseinkommens verfügen rund 2 Millionen Haushalte. Sie haben ein Nettoeinkommen von 13.000 DM pro Monat.<sup>[22]</sup>

Reich sind somit nicht nur die prominenten Köpfe des Geldadels, wie die Familie Siemens (geschätztes Vermögen 13 Milliarden), Reinhard Mohn (»Bertelsmann AG«, 16 Milliarden) oder die Familie Albrecht (»Aldi«, 41 Milliarden).<sup>[23]</sup> Nicht nur »die oberen Zehntausend« sind reich - wenn wir das Doppelte des Durchschnittseinkommens als Maßstab nehmen. Reich sind vielmehr die genannten 2 Millionen Haushalte mit einem Einkommen von (deutlich) über Zehntausend Mark pro Monat.

Die Redensart von den »oberen Zehntausend« trifft vielmehr die Anzahl der »superreichen« Haushalte: 12.707 Haushalte beziehen ein Nettoeinkommen von 1 Million oder mehr im Jahr. Das durchschnittliche Einkommen dieser Haushalte beträgt fast 3 Millionen DM.<sup>[24]</sup>

Armut und Reichtum sind keine Phänomene, die nur kleine Randgruppen betreffen. Armut und Reichtum sind Massenerscheinungen in Deutschland.

### Reichtum macht frei

Wer genug Geld hat, kann sein Leben freier gestalten als derjenige, der jede Mark zweimal umdrehen muss.

»Mein Haus, mein Auto, mein Boot,« heißt es im Werbespot, wenn sich zwei erfolgreiche Geschäftsleute nach ein paar Jahren wiedersehen und sich die Fotos von ihrem Wohlstand auf den Tisch knallen. Die beiden haben natürlich große Häuser, schicke Flitzer und keinen kleinen Kahn, sondern eine Yacht mit allem Drum und Dran. Wer reich ist, kann aussuchen und muss nicht nehmen, wofür das Geld eben so gerade reicht, wenn überhaupt.

Geld schafft außerdem Sicherheit. Wer etwas auf der hohen Kante hat, muss unvorhergesehene Ereignisse und Ausgaben nicht fürchten.

Wer mehr als 500.000 DM zu versteuerndes Einkommen im Jahr hat, der nutzt sein Geld zunehmend, um das eigene Kapital oder Produktivvermögen zu vergrößern. Aus Einkommen wird also Vermögen, das wiederum als Quelle für weitere Vermögen dient.<sup>[25]</sup>

## Wer sind die Armen?

Erwerbslose, Alleinerziehende - das sind ganz überwiegend Frauen -, Paare mit drei und mehr Kindern sowie Zuwanderer sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. So muss jeder dritte Arbeitslosenhaushalt von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben. Von den Alleinerziehenden mit einem Kind leben 27 %, mit zwei oder mehr Kindern sogar 42 % in Armut. Insgesamt wächst jedes siebte Kind in Armut auf.<sup>[26]</sup>

## Machen Kinder arm?

Mit jedem Kind steigen die Lebenshaltungskosten mindestens in Höhe von 600 bis 700 Mark. Kindergeld und Wohngeld fangen jedoch nur einen Teil dieser Mehrausgaben auf. Somit müssen die Eltern mindestens 200 bis 350 Mark selbst aufbringen. Gleichzeitig sinkt in aller Regel das Erwerbseinkommen, da es an Kinderhorten und Ganztagschulen fehlt. Ein Elternteil muss seine Arbeit aufgeben oder reduzieren und Alleinerziehende haben kaum eine Chance auf ein Erwerbseinkommen. Somit ist nicht die Geburt eines Kindes die *eigentliche, naturgesetzliche* Ursache für Armut. Es liegt vielmehr an der Art und Weise wie eine Gesellschaft die Kosten verteilt und das Zusammenleben mit Kindern organisiert, z.B. an einem unzureichenden Kinderlastenausgleich und einem unzureichenden Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung.

Und: Löhne und Gehälter sind vielfach zu niedrig, um eine Familie zu ernähren. Je nach Höhe reicht ein Arbeitslohn gerade für den eigenen Lebensunterhalt, vielleicht auch noch für den Lebensunterhalt der Partnerin oder des Partners. Geht es jedoch um die »Kleinen«, die nächste Generation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist selbst der Lohn aus einer Vollzeitstelle oftmals unzureichend.

---

**»Geld macht nicht glücklich, es beruhigt nur die Nerven  
Und man muss es schon besitzen, ums zum Fenster rauszuwerfen«...  
Rio Reiser**

---

Übrigens kann man am oberen Ende der Gesellschaft ganz prima mit Kindern leben, kann sich Kinder wieder «leisten». Die Wohlstandsposition hängt eben auch davon ab, zu welcher sozialen Schicht man gehört und wie man seine Brötchen verdient: Der Prozentanteil der Paare mit mehr als zwei Kindern an den Einkommensmillionären ist mit 10 % mehr als doppelt so hoch wie der Anteil dieses Haushaltstyps an den Nicht-Millionären.<sup>[27]</sup>

## Ohne Job droht der Absturz

Wer seinen Job verliert, kann leicht in die Armut abrutschen, denn das monatliche Einkommen schrumpft ganz erheblich. Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe liegt bei 985 Mark im Monat, das durchschnittliche Arbeitslosengeld bei 1.425 Mark.<sup>[28]</sup> Frauen und Erwerbslose im Osten erhalten noch einmal deutlich weniger Geld vom Arbeitsamt. Die soziale Sicherung durch die Arbeitslosenversicherung reicht also nicht mehr aus, um Erwerbslose vor Armut zu schützen. Auch hier werden niedrige Löhne zum Armutsrisiko: Ein geringer Verdienst reicht vielleicht, um so gerade über die Runden zu kommen, solange man den Job hat. Doch wenn man ihn verliert, ist die Armut oft programmiert.

## Armut in der Arbeit

Doch auch ein Arbeitsplatz bietet keine Garantie dafür, frei von Armut zu leben und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Menschen, die einen Job haben, sind zwar unterdurchschnittlich von Armut betroffen, doch immerhin leben selbst von den Haushalten der »Normalarbeitnehmer« in Vollzeit 6 % in Armut<sup>[29]</sup> und darüber hinaus viele im »prekären Wohlstand« (siehe Kapitel 3).

## Pro und Contra Mindestlohn

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) macht sich für einen gesetzlichen Mindestlohn stark. Den gibt es bisher nur in der Baubranche. Die NGG schlägt 2.500 Mark brutto im Monat (bei einer 37-Stunden-Woche) vor. Dieser Betrag soll ein allgemein gültiger Sockel sein, auf den alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch haben.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist umstritten – auch innerhalb der Gewerkschaften:

### PRO

- **Arbeitnehmer, die nicht im Geltungsbereich von Tarifverträgen arbeiten, erhalten mit einem Mindestlohn materielle Sicherheit. Ohne Mindestlohn wird es mehr Armut in der Arbeit geben.**
- **Ein Mindestlohn könnte dazu beitragen, dass Männer und Frauen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen und Niedriglohnssektoren an das Verdienstniveau anderer Branchen angeglichen werden.**
- **Die Gewerkschaften wären nach dem Vorschlag der NGG am Festsetzungsverfahren für den Mindestlohn beteiligt. Dadurch würden sie gestärkt und ihre Rolle als Vertreter aller abhängig Beschäftigten wesentlich sichtbarer.**

### CONTRA

- **»Tariflohn ist bereits Mindestlohn«. Wenn ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, dann besteht die Gefahr, dass Arbeitgeber unter Tarif bezahlen und nur noch zum gesetzlichen Mindestlohn einstellen wollen.**
- **Der Mindestlohn gefährdet die Tarifautonomie. Löhne sollten wie bisher unter den Tarifparteien ausgehandelt werden. Der Staat soll sich raushalten.**
- **Der Mindestlohn schwächt die Gewerkschaften. Für Mindestlöhner macht es weniger Sinn in einer Gewerkschaft zu sein, die auch ihre Löhne aushandelt. Der Staat hat den Mindestlohn ja bereits festgeschrieben.**

## Eigentlich ist genug für alle da

Die Verteilung von Wohlstand, von Einkommen und Vermögen ist weder zufällig noch naturgegeben. Die Verteilung wird durch die Spielregeln »unserer« kapitalistischen

Marktwirtschaft mit bestimmt. Die konkurrenzwirtschaftliche Gewinner- und Verlierer- Ökonomie sorgt für soziale Ungleichheit, ganz unabhängig davon, wer eigentlich was »verdient«. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten mit ihrem Lohn nur einen Teil des Gegenwertes der von ihnen geschaffenen Produkte, die den Arbeitgebern »gehören« und die Einkommen werden »am Markt« verteilt. Allerdings gilt dort keineswegs ausschließlich das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Vielmehr beeinflussen auch Machtverhältnisse (beispielsweise bei Tarifkämpfen) sowie Werte und Normen (beispielsweise die Geringschätzung »typischer« Frauenarbeit) ganz entscheidend die Verteilung.

Diese »Primärverteilung« kann mittels staatlicher Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben einerseits und Sozialleistungen andererseits korrigiert und verändert werden. Tatsächlich sind die Markteinkommen, also die Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung, aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen erheblich ungleicher verteilt als die verfügbaren Einkommen der Haushalte nach der staatlichen Umverteilung. Die marktgesteuerte Primärverteilung wird damit zwar nicht ausgeglichen oder aufgehoben, aber eine auf sozialen Ausgleich bedachte Verteilungspolitik kann zumindest dafür sorgen, dass nicht ein Teil der Bevölkerung aus der Gesellschaft herausgedrängt wird, weil er über zu wenig Geld verfügt, während ein anderer Teil hohe Vermögen anhäuft.

In der Vergangenheit hat die Ungleichheit bei den Markteinkommen deutlich zugenommen; vor allem die Einkommen am unteren Rand blieben auf der Strecke. Gleichzeitig hat der Ausgleich durch (sozial)staatliche Umverteilung deutlich abgenommen, da durch politische Entscheidungen die korrigierende Wirkung zurückgenommen wurde. Im Ergebnis schlägt die stärkere Ungleichheit bei den Markteinkommen zunehmend auf die verfügbaren Einkommen durch.

## Armutszeugnis für die Politik

Die Rot- Grüne Bundesregierung hat in ihrem ersten Armuts- und Reichtumsbericht, aus dem auch viele Daten dieser Broschüre entnommen sind, erstmals regierungsmäßig die Existenz von Armut, sozialer Ausgrenzung und problematischen Schieflagen in der Verteilung eingeräumt. Das ist gut so. Damit unterscheidet sie sich positiv von ihrer Vorgängerregierung, die die Existenz von Ausgrenzung und Armut leugnete. Arm sei niemand, hieß es unter Kohl, denn dagegen gäbe es ja die Sozialhilfe.

## Werbung in eigener Sache: blanker Hohn für Arbeitslose

Die Teile des Armutsberichts, in denen die Bundesregierung Werbung für die eigene Politik macht, sind jedoch ein politisches Ärgernis. So heißt es beispielsweise in der einleitenden Zusammenfassung: »Die Reformen der Bundesregierung haben eine Trendumkehr bewirkt und somit die Voraussetzungen für mehr sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit geschaffen. [...] Die Bundesregierung [...] bekräftigt ihre Entschlossenheit, für eine sozial ausgleichende Politik und gegen ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich einzutreten. [...] Die Bundesregierung unternimmt seit 1998 erhebliche Anstrengungen, Armutsrisiken zu minimieren und soziale Ausgrenzung zu verhindern.«

Gerade für Erwerbslose sind solche Sätze der blanke Hohn. War es doch die Rot-Grüne Bundesregierung, die im Rahmen ihres »Zukunftsprogramm - Deutschland erneuern« Leistungskürzungen gegen Arbeitslose im Volu-

men von 40 Mrd. DM (2000-2003) durchsetzte. Ein Beispiel: Während dem Bezug von Arbeitslosenhilfe werden die Rentenbeiträge nur noch nach der ausgezahlten Leistung bemessen. Dies führt zu einem Verlust von bis zu zwei Dritteln der Rentenansprüche aus der Zeit der Arbeitslosigkeit gegenüber der alten Regelung. Altersarmut für Langzeitarbeitslose wird so programmiert.

## Umfairteilen!

Der überfällige verteilungspolitische Richtungswechsel steht noch aus – auch wenn die Bundesregierung das anders darstellt. Umfairteilung von oben nach unten ist die einzige solidarische Antwort auf die bestehenden Verteilungsverhältnisse. Armut im reichen Deutschland ist ein Skandal. Armut muss nicht sein, es ist genug für alle da, die Gesellschaft verfügt über ausreichende materielle Mittel. Und, da Einkommensarmut in alle Lebensbereiche ausstrahlt, ist sie auch verheerend für die Gesellschaft: Armut schließt vom gesellschaftlichen Leben aus und widerspricht damit demokratischen Leitbildern. Schließlich ist Armut auch volkswirtschaftlich nachteilig (siehe dazu Kapitel 4).

## Armut bekämpfen, Teilhabe sichern

Für alle Menschen muss eine Teilhabe am Wohlstand in Deutschland sichergestellt sein. Niemand soll in Verhältnissen leben müssen, die extrem unter einem mittleren Lebensstandard liegen. Dazu müssen bestehende Lücken in den Sozialversicherungen, etwa bei der Absicherung von Arbeitslosigkeit, geschlossen werden. Dazu brauchen wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung, die ein Mindesteinkommen sicherstellt, das eine Teilhabe am Wohlstand ermöglicht (siehe dazu Kapitel 5).

## Armutsbekämpfung kostet Geld

Wer Armut bekämpfen will, der darf nicht über den Reichtum hinwegsehen. Armutsbekämpfung gibt es nicht umsonst. Sie erfordert höhere öffentliche Ausgaben und kostet Geld. Zur Finanzierung dieser Aufgabe müssen die Haushalte entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit herangezogen werden – also die Haushalte mit hohem Einkommen und großen Vermögen mehr als solche mit mittlerem Einkommen.

Privater Reichtum ist aber auch »an sich«, ohne diesen direkten Zusammenhang zur Überwindung von Armut, ein gesellschaftliches Problem: Der in privaten Geldspeichern gehortete Reichtum ist dem realen Wirtschaftskreislauf entzogen und schadet der volkswirtschaftlichen Entwicklung (siehe dazu ausführlicher Kapitel 3). Und der private Reichtum entzieht sich der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. So wird eine Ausweitung öffentlicher Aktivität verhindert, die mehr Wohlstand für alle schaffen könnte.

## Umfairteilen konkret: Vermögensabgabe oder -steuer einführen!

Die IG Metall fordert die Einführung einer Abgabe auf große Vermögen. Um sicherzustellen, dass dabei nur die wirklich Reichen zur Kasse gebeten werden und Arbeitnehmer, die mühsam ein Haus erspart haben, nicht draufzahlen, sollte es einen großzügigen Freibetrag von etwa 1 Million DM geben. So wären nur rund 3 % der Haushalte (»die Superreichen«) betroffen. Bereits bei einem moderaten Abgabensatz von 1 % auf das Nettovermögen könnten trotzdem jährlich 30 Milliarden Mark und mehr in die Staatskasse fließen.

---

*»Wenn es bei der Arbeitslosenhilfe einen existenzsichernden Mindestbeitrag gäbe, würde die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 5-10 % sinken.«  
Stephan Leibfried, Professor am Zentrum für Sozialpolitik der  
Universität Bremen*

---

Übrigens ist die (Wieder)Einführung einer Vermögenssteuer oder -abgabe nicht verfassungswidrig, wie teilweise behauptet wird. Das Bundesverfassungsgericht hat lediglich untersagt, Geld- und Immobilienvermögen ungleich zu besteuern. Auch die Vorgabe der Karlsruher Richter, dass nach Abzug aller Steuern dem Steuerpflichtigen noch ungefähr die Hälfte seiner Erträge verbleiben sollen, ist kein Hindernis. Selbst bei Spitzenverdienern besteht noch ausreichend Spielraum bis diese Grenze erreicht ist.

### Zur Diskussion gestellt:

## Mögliche Quellen für zusätzliche öffentliche Einnahmen

*(Aus dem alternativen Haushaltsplan der Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2000)*

### ● SPEKULATIONSTEUER AUF AKTIENGEWINNE

Gewinne aus dem Verkauf von Aktien werden in die persönliche Einkommensbesteuerung einbezogen. Heute sind diese Gewinne steuerfrei, wenn die Aktien länger als ein Jahr gehalten wurden. Geschätzte Mehreinnahmen: 11 Milliarden Mark.

### ● B RSENUMSATZSTEUER

Beim Handel mit Aktien wird eine Steuer von 1 % auf den tere, spekulative Umsätze werden besteuert. Geschätzte Mehreinnahmen: 25 Milliarden Mark.

### ● BEKÄMPFUNG DER STEUERHINTERZIEHUNG

Beispielsweise durch Kontrollmitteilungen der Banken an die Finanzämter und zusätzliche Steuerprüfer. Geschätzte Mehreinnahmen: Mindestens 24 Milliarden Mark.

### ● KOMMUNALE WERTSCHÖPFUNGSTEUER

Die heutige Gewerbesteuer wird in eine Steuer auf die Wertschöpfung der Wirtschaft in einer Kommune weiterentwickelt. Freiberufler wie Ärzte und Architekten werden einbezogen. Geschätzte Mehreinnahmen: 85 Milliarden Mark.

Nicht arm, nicht reich

## Soziale Schieflage in der Mitte der Gesellschaft

»Ein reiches Land muss wissen, wie die soziale Wirklichkeit ist«. So umreißt Arbeitsminister Walter Riester die Funktion des ersten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Eine Kernbotschaft ist: die Verteilungsgerechtigkeit habe abgenommen. Die Zahl der Einkommensmillionäre sei gestiegen, gewachsen sei aber auch die Zahl der Sozialhilfebezieher. Aber nicht nur zwischen Superreichen und Habenichtsen wird die soziale Schieflage in unserer Gesellschaft sichtbar. Auch in der Mitte der Gesellschaft läuft einiges schief.

»Ich habe kein Geld, teures Biofleisch zu kaufen«. Birgit Hübner (39) ärgert sich über die BSE Hysterie. Zwei Kinder hat sie zu Hause. Ihr Mann verdient »gar nicht so schlecht«, meint sie. Zusammen mit ihrem Teilzeitjob und dem Kindergeld, alles in allem hat die vierköpfige Familie gut 4000 Mark im Monat zum Leben. Hübners sind nicht arm, aber auch nicht weit davon entfernt. Es gab schon bessere Zeiten, aber auch schlechtere. Nach Abzug der Miete, der anderen laufenden Kosten und natürlich der Versorgung der Kinder bleiben oft nur ein paar Mark übrig. »Agrarwende und Fleisch von glücklichen Kühen – alles gut und schön«, sagt Birgit und redet sich in Rage. »Aber wenn ich am Monatsende spitz rechnen muss, dann habe ich doch gar keine Wahl zwischen Eiern von freilaufenden Hühnern und Batterie-Eiern. Weniger Fleisch – ja. Aber auch Gemüse ist sehr teuer geworden.«

7 und 12 Jahre sind die Kinder der Familie alt. Der Älteste ist mathematisch begabt, aber die Eltern haben Angst, ihn am Gymnasium anzumelden. »Mit den Kaufgewohnheiten der anderen Schüler wird das Kind nicht mithalten können.«

Wenn bei Hübners die Waschmaschine und das Auto gleichzeitig kaputtgehen, dann wird es ganz eng. Sie sind auf beides angewiesen. Beides auf einmal zu reparieren oder neu zu kaufen ist nicht möglich – ohne sich zu verschulden. Hübners kaufen dann auf Pump. Die monatlichen Raten schmälern das bescheidene Haushaltsbudget noch zusätzlich. Das geht vielen Familien so.

Etwa jeder vierte Haushalt in der Bundesrepublik verfügt nur über ein Einkommen zwischen 50 und 75 % des Durchschnitts<sup>[30]</sup>: Ein Leben am Rande der Armut und deutlich unter einem mittleren Lebensstandard. Der wohlklingende Name für diese Einkommenssituation lautet »prekärer Wohlstand«. Man könne auch sagen, zum Sparen zu wenig – zum Leben gerade genug.

natlich etwa hundert Mark zu sparen für eine zusätzliche private Altersversorgung oder eine private Krankenversicherung sind nicht möglich. Ein finanzielles Polster für Krisenzeiten ist auch nicht drin. Da kein Geldvermögen oder Immobilien vorhanden sind, sind sie nicht in der Lage, Zeiten von kurzfristigen Einkommensverlusten zu überbrücken, ohne ihren Lebensstandard stark einzuschränken.

**»Die ewige Rechnerei macht mir keine Freude. Man hat keinen Spaß mehr an Dingen, wenn man sich immer fragen muss, ob man's sich leisten kann. Durch die eingeschränkte Wahlmöglichkeit verarmt man auch innerlich. Man sieht nichts Schönes mehr.« Birgit Hübner (39), Berlin.**

Deshalb erleben Familien im prekären Wohlstand immer wieder Phasen der Unterversorgung. Das hinterlässt Spuren. Besonders bei Kindern und Jugendlichen, denen dadurch beispielsweise der Zugang zu Bildung erschwert wird.

»Endlich mal in den Urlaub fahren!« antworten viele Arbeitnehmer mit sehr niedrigem Einkommen auf die Frage, was sie am meisten vermissen. Andere leisten sich den »Luxus« eines Urlaubs und schränken sich dafür im Alltag auf ein Minimum ein. Leben im prekären Wohlstand heißt oftmals: Leben wie von Sozialhilfe – nur mit Urlaub und Auto.

Jede/r Zehnte ist arm. Zusammen mit den Haushalten »im prekären Wohlstand« lebt somit ein Drittel der Bevölkerung in Armut oder unter der ständigen Drohung einer unsicheren Versorgung. Die Caritas nennt das eine Zweidrittelgesellschaft: »Zwei Drittel sind abgesichert und wohlständig. Einem Drittel reicht das Einkommen gerade zum Existenzminimum oder zu einem Leben auf niedrigem Niveau, immer in der Sorge, in Armut abzurutschen.«

Ungleiche Verteilung ist nicht nur ein Problem an den Rändern. Ungleiche Verteilung ist ein Problem, das weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Etwas anderes kommt noch hinzu: Soll es gerecht zugehen, dann müssen die Spielregeln, nach denen verteilt wird, insgesamt stimmen. Auch jenseits von Armut und prekärem Wohlstand. Tatsächlich läuft einiges schief. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Erwerbslose wurden von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt. Vieles in der Verteilungsmechanik funktioniert nach dem Motto »Wer hat, dem wird gegeben«.

## Soziale Schieflage: Arbeitnehmer und Erwerbslose benachteiligt

### Zwei Jahrzehnte »Nullrunden«

Die »realen« Nettolöhne, also die tatsächliche Kaufkraft der Löhne nach Abzug der Preissteigerungen sind zwischen 1980 und 1999 um 4,3 % gestiegen.<sup>[31]</sup> Aus 100 Mark im Geldbeutel der abhängig Beschäftigten sind sozusagen 104 Mark und 30 Pfennig geworden. 4,3 % sind ein äußerst bescheidener Zuwachs für einen Zeitraum von 19 Jahren.

### Abgezähltes Geld

Einen Kinobesuch oder einen Urlaub leisten sich die Hübners durchaus ab und zu. Dafür sparen sie dann an anderer Stelle. Aber das Geld reicht nie, um zusätzlich etwas beiseite zu legen. Wenn bei der Heizkostenabrechnung fürs ganze Jahr nachgezahlt werden muss, dann ist das ein harter »Schicksalsschlag«. Größere Anschaffungen oder mo-

Aufs Jahr umgerechnet beträgt der reale Lohnzuwachs nur 0,2 %. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Summe aller Waren und Dienstleistungen, ist zwischen 1980 und 1999 um ein Vielfaches gewachsen. Somit wurden die Arbeitnehmer von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt. Ihre Teilhabe am größer gewordenen Kuchen wird kleiner. Ganz anders entwickelten sich die Gewinne. Die realen Nettogewinne haben sich seit 1980 nahezu verdoppelt (plus 84,4 %) <sup>[32]</sup>. Die Unternehmer haben in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten fette Beute gemacht.

Für die jüngere Vergangenheit stellt sich die Lage für die abhängig Beschäftigten noch ungünstiger dar: Zwischen 1992 und 2000 ist der Reallohn je Arbeitnehmer sogar um 3,6 <sup>[33]</sup> % gesunken.

## Netto-Lohnquote verharrt auf Tiefstand

Der volkswirtschaftliche »Kuchen« wird immer mehr zu Gunsten der Gewinne verteilt. Der Anteil der Nettogewinne zusammen mit den Einkünften aus Vermögen lag im letzten Jahr bei etwa einem Drittel. 20 Jahre zuvor machten diese Einkommensarten nur ein Viertel der insgesamt verfügbaren Einkommen aus. Der Anteil der Löhne und Gehälter am volkswirtschaftlichen »Kuchen«, die sogenannte Netto-Lohnquote, verharrt hingegen auf einem historischen Tiefstand: Nur 43 % der insgesamt verfügbaren Einkommen entfallen auf die Nettolöhne. 1980 betrug der Anteil noch 53 % <sup>[34]</sup>.

Zur zunehmend ungleichen Verteilung zwischen Arbeit und Kapital kommen weitere Schieflagen hinzu: So erhalten Frauen im Schnitt nur zwischen 70 % (Angestellte im Westen) und 79 % (Arbeiterinnen im Osten) des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen. Und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter im Osten erreichen nur 68 % des Westniveaus.

## Minus bei Erwerbslosen

Fast ein Drittel aller registrierter Arbeitsloser erhält weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Zugleich steigt bei den Leistungsbeziehern der Anteil der Arbeitslosen stetig an, die auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe angewiesen sind. Nur noch rund 40 % der gemeldeten Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld. Im Schnitt zahlen die Arbeitsämter im Westen eine Arbeitslosenhilfe in Höhe von 1.040 Mark im Monat. Selbst unter Vernachlässigung von Lohn- und Preisentwicklung liegt dieser Betrag noch unter dem Niveau von 1993. <sup>[35]</sup> Tatsächlich ist das Leben in den letzten sieben Jahren aber erheblich teurer geworden. Erwerbslose haben somit ein reales Minus im Geldbeutel, wenn sie im Supermarkt Milch, Brot oder Bier einkaufen. Im Osten müssen Bezieher von Arbeitslosenhilfe sogar mit einer monatlichen Unterstützungsleistung von 911 Mark über die Runden kommen. <sup>[36]</sup>

## Soziale Schieflage: Wer zahlt, wer profitiert?

### Ungerecht besteuert

Eine Ursache für die Schieflage bei den Einkommen liegt in der unterschiedlichen Belastung mit Steuern und Abgaben. Löhne und Gehälter werden benachteiligt, Gewinneinkünfte privilegiert. Dies zeigt ein Vergleich der Brutto- mit den Nettoeinkommen: Brutto sind die Gewinne zwischen 1980 und 1999 »nur« um 59,5 % gestiegen. Netto, nach Abzug der Gewinnsteuern, jedoch um gut 84 %. Bei Löhnen und Gehältern verhält es sich genau andersherum. Durch die zunehmende Belastung der Arbeitnehmer

---

*»Ach, sie sind die feinsten Leute -  
wenn man sie nicht gerade stört.  
Bei dem Kampfe um die Beute,  
welche ihnen nicht gehört.«  
Berthold Brecht*

---

mit Steuern und Sozialabgaben schmilzt der Bruttozuwachs von 20,7 % auf die genannten 4,3 % netto zusammen. <sup>[37]</sup>

1980 wurden von allen Einkünften aus Gewinn und Vermögen 15,3 % durch direkte Steuern »abgeschöpft«. Pro 100 Mark Gewinn flossen 15 Mark 30 in die Steuerkasse. Zwischenzeitlich (1999) hat sich diese Steuer«last« auf rund ein Drittel reduziert, pro 100 Mark werden effektiv nur noch 5 Mark 20 an Steuern gezahlt.

Die Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter stieg in demselben Zeitraum beträchtlich von 15,8 auf 19,6 % <sup>[38]</sup>.

Dieses Bild der ungleichen Besteuerung ergibt sich, wenn die Einkommen auf der volkswirtschaftlichen Ebene untersucht werden, wenn die Summe Löhne und Gehälter sowie die Einkommen aus Gewinn und Vermögen insgesamt unter die Lupe genommen werden. Diese Schieflage wird aber auch sichtbar, wenn leibhaftige Personen und Haushalte untersucht werden. Bei genau gleich hohem Einkommen zahlt ein Arbeitnehmer-Haushalt mehr Steuern als ein Selbständigen-Haushalt. <sup>[39]</sup> Die Einkommensart, wie jemand seine Brötchen verdient, entscheidet mit über die Steuersätze. Löhne und Gehälter werden im Durchschnitt um ein Vielfaches höher mit direkten Steuern belastet als die Gewinn- und Vermögenseinkommen. Damit wird der Arbeitnehmer fürs »Allgemeinwohl« viel stärker zur Kasse gebeten als der Vermögende.

---

*»Es geht nicht darum eine Neiddiskussion zu entfachen, aber angesichts des Verfassungsgrundsatzes »Eigentum verpflichtet« finde ich schon die Frage erlaubt, ob große Vermögen nicht mit einer eigenen Steuer zur Armutsbekämpfung herangezogen werden könnte.«  
Bischof Wolfgang Huber, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Kölner Stadtanzeiger vom 26. April 2001).*

---



## Steuerreform: Prozente trügen

Die Steuerreform entlastet alle Einkommenssteuerzahler, brüstet sich die Rot-Grüne Regierung. Das stimmt. Doch profitieren die einen mehr als die anderen. Immer wieder heißt es, dass insbesondere die unteren Einkommen die meisten Steuern sparen. Das stimmt für die Prozentzahlen, aber nicht für die Mark und Portemonnaie. Vergleicht man die Ersparnisse verschiedener Einkommensgruppen in Mark und Pfennig, dann wird die Schieflage deutlich:

- **Eine ledige Fachverkäuferin mit einem Jahresbrutto von 40.000 Mark wird im Jahr 2005 gegenüber 2000 um 1.323 Mark entlastet.**
- **Ein verheirateter Schlosser mit 2 Kindern und 60.000 Mark brutto wird 2.152 Mark weniger Steuern zahlen müssen.**
- **Ein verheirateter Manager mit einem Einkommen von 1 Million Mark bekommt eine Steuerersparnis von 84.183 Mark geschenkt.<sup>[40]</sup>**

## Beitragsbemessungsgrenze: Höchstpreis für soziale Sicherheit

Die Beiträge zur Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung werden nur bis zu einer gewissen Einkommenshöhe fällig. Diese sogenannte Beitragsbemessungsgrenze liegt beispielsweise in der Rentenversicherung bei 7.300 Mark Bruttoverdienst im Monat. Alles, was darüber hinaus verdient wird, bleibt abgabenfrei. Glück für den Spitzenverdiener, dessen 15.000 Mark Einkommen nur rund zur Hälfte belastet wird. Pech für die Verkäuferin, die von ihrem gesamten Einkommen Sozialbeiträge bezahlen muss.

## Familienlastenausgleich: Unausgeglichen

Jeder hat unabhängig vom Einkommen Anspruch auf Kindergeld, die Verkäuferin wie der Millionär. 270 Mark gibt's zur Zeit für das erste und zweite Kind. Ab nächstem Jahr werden es 154 Euro, rund 300 Mark sein. Die Vielverdiener bekommen das Kindergeld nicht direkt ausgezahlt. Sie erhalten statt dessen eine Steuerentlastung in Form eines Freibetrags. Das bringt deutlich mehr als 300 Mark. Je höher das Einkommen, desto größer ist die Ersparnis aus dem Kinderfreibetrag. Der maximale Steuervorteil beträgt 445 Mark pro Kind.<sup>[41]</sup> Während auch der Großunternehmer diesen Steuervorteil gutgeschrieben bekommt, wird der Sozialhilfebezieherin das Kindergeld mit der Sozialhilfe verrechnet. Der Sozialhilfeanspruch wird um das erhaltene Kindergeld gekürzt. Lediglich die letzte Erhöhung des Kindergelds von 20 Mark bleibt anrechnungsfrei und kommt tatsächlich im Geldbeutel der Sozialhilfebezieherin an.

## Umfairteilen! – Für einen verteilungspolitischen Richtungswechsel

Von einer gerechten Verteilung kann keine Rede sein. Nicht nur die Superreichen und Habenichtse sind davon betroffen – sondern auch die Mitte der Gesellschaft. Die Richtung in der Verteilungspolitik zu ändern, damit die Spielregeln insgesamt gerechter werden, heißt:

● **UMSTEUERN: DIE TREPPE VON OBEN NACH UNTEN FEGEN**  
Steuer- und Abgabenbelastung müssen sich konsequent nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Wer viel hat, kann auch mehr zahlen.

● **DAS LEBEN MIT KINDERN BEZAHLBAR MACHEN**  
Das Leben mit Kindern muss auch für mittlere und niedrige Einkommen bezahlbar sein. Der heutige Familienlastenausgleich ist unzureichend und auch noch ungerecht ausgestaltet. Ein Vorschlag zur Diskussion: Sozialverbände beziffern die Lebenshaltungskosten für ein Kind auf mindestens 600 bis 700 Mark. Das Kindergeld wird schrittweise auf diesen tatsächlichen Bedarf erhöht. Zur Finanzierung der notwendigen Mehrausgaben wird das »Ehegattensplitting« abgeschafft.

Beim Ehegattensplitting wird das Einkommen der Partner zusammengezählt und dann durch zwei geteilt. Da die Steuersätze vom Einkommen abhängen, kann sich dadurch eine niedrigere Besteuerung ergeben. Dieses Verfahren fördern nicht das Zusammenleben mit Kindern sondern honoriert den Trauschein. Der Steuervorteil ist am größten, wenn ein Partner nichts und der andere sehr viel verdient. Außerdem steigt die Steuerersparnis mit dem Einkommen. Der maximale Vorteil von 20.600 DM wird bei einem Jahreseinkommen von 230.000 DM erreicht.

Genauso wichtig wie mehr Geld für Kinder ist aber, dass Beruf und Kinder miteinander vereinbar sind. Deshalb brauchen wir eine gut ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung: Kindertagesstätten und -horte sowie Ganztagsangebote an den Schulen.

## ● DEN SOZIALSTAAT VERTEIDIGEN UND WEITERENTWICKELN

»Sozialleistungen müssen auf die wirklich Bedürftigen und Armen beschränkt werden« lautet eine populäre Forderung. Sie bedeutet nichts anderes, als Sozialleistungen abzubauen. Vor Armut zu schützen, ist ein vorrangiges Ziel von Sozialpolitik. Aber die Funktion der Sozialsysteme geht darüber hinaus. Die sozialen Netze sollen den Absturz auffangen. Sie sollen dafür sorgen, dass der Einkommensverlust etwa bei Arbeitslosigkeit oder im Alter in Grenzen gehalten wird und der Lebensstandard halbwegs gehalten werden kann. Dieses Prinzip muss auch in Zukunft gelten. So bietet die Arbeitslosenhilfe dem ganz überwiegenden Teil der Erwerbslosen und ihren Familien einen wesentlich besseren Schutz als die Sozialhilfe. Die Arbeitslosenhilfe muss erhalten werden.

Nach der Rente sind bereits zukünftige Angriffe auf die Krankenversicherung absehbar. Ein gut ausgebautes öffentliches Gesundheitswesen, zu dem alle den gleichen Zugang haben, und das je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert ist, ist unverzichtbar. Wer mehr private Vorsorge in der Krankenversicherung fordert, der macht den Arztbesuch vom Geldbeutel abhängig. Denn private Vorsorge ist nicht nur eine Frage von vorausschauender Weitsicht und Eigenverantwortung, sondern direkt vom Einkommen abhängig. Mehr private Vorsorge im Gesundheitswesen ist ein Schritt in die Zwei-Klassen-Medizin. Statt privater Vorsorge und Leistungskürzungen sind die Einnahmen der Sozialkassen zu verbessern - beispielsweise durch eine An- oder Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

## Drei Geschichten von Hüten, Möhren und Würfelspielen

# Was ist gerecht?

*Maßvoll oder Maß voll? Auf ironische Weise hinterfragte eine Karikatur die Lohnabschlüsse der Jahre 1997-99. Löhne und Gehälter stiegen um 2,3 % an, womit die Teuerungsrate ausgeglichen werden konnte. Vorstandsbezüge zogen dagegen kräftiger an. Vorstandler aus den DAX-30 nominierten Aktiengesellschaften konnten im selben Zeitraum Mehrbezüge um durchschnittlich 40 % verbuchen.*

*Wenn wir die bestehenden Verteilungsspielregeln kritisch unter die Lupe nehmen, dann stellen sich zwangsläufig grundsätzliche Fragen: Was ist gerecht? Was verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit? Eine spannende und aktuelle Debatte, wird doch zur Zeit vielerorts soziale Gerechtigkeit neu bestimmt – beispielsweise auch in der Sozialdemokratie.*

Ohne Hut geht es nicht. Stellen wir uns eine Gesellschaft von Männern und Frauen vor, in der Hüte zum guten Ton gehören. Nie würde jemand ohne Hut aus dem Haus gehen. Der Hut ist nicht einfach Hut, sondern hat viele Funktionen. Er schützt vor Regen, er hält warm und schmückt. In der gedachten Hüte-Gesellschaft ist ein Hut daher auch ein Statussymbol. Wer ihn trägt, gehört dazu. Doch es besitzt nicht jeder einen: manche haben dagegen zwei oder drei, wieder andere den ganzen Schrank voll. Es gibt »wohlbehütete« Menschen und solche ohne Kopfbedeckung.

## Wasser predigen, Wein trinken

Am Band in der Fertigung erhält ein Arbeitnehmer in der Metallindustrie (Lohngruppe 6) rund 3300 Mark brutto Grundlohn ausgezahlt. Einige Etagen über ihm werden statt Lohn außertarifliche Bezüge vereinbart. In den Vorstandsetagen, beispielsweise bei Daimler-Chrysler, liegen solche Bezüge bei 6,3 Millionen Mark im Jahr. Das entspricht über einer halben Million im Monat und somit dem 160fachen des genannten Beispielverdienstes aus der Produktion.

Vielleicht hat der Vorstandsmensch viel Zeit in die Ausbildung investiert, trägt eine große Verantwortung und kennt bei der Arbeit rund um die Uhr keinen Freizeitausgleich. Aber leistet er gleich 160-mal mehr als ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin im Betrieb?

Maßlosigkeit unterstellt das manager magazin den Großverdienern an deutschen Konzernspitzen: »Die Gehälter deutscher Vorstandschefs sind im vergangenen Jahr erneut deutlich gestiegen. Die Spitzenleute der großen Aktiengesellschaften verdienen im Schnitt mehr als vier Millionen Mark. Offenbar haben die Unternehmenslenker das Ende der Bescheidenheit ausgerufen. Sie kassieren ungeniert – einige auch dann, wenn sie das Geld ihrer Aktionäre kräftig vernichten. Bei den Bezeichnungen für die diversen Arten der Gehaltsaufbesserung beweisen die Chefs enorme Kreativität. Prämiemien sind besonders beliebt: Es gibt Antrittsprämien, Bleibeprämien und Abtrittsprämien«, berichtet das Magazin aus Hamburg.<sup>[42]</sup> Zugegeben, ein 160fach höherer Verdienst ist ein extremes Beispiel. Aber auch bei Verdienstunterschieden um den Faktor 50, 30 oder 10, stellt sich die Frage: Was ist hier eigentlich gerecht?

## Leitbild Leistungsgerechtigkeit

Man bekommt an Einkommen, was man »verdient«. Das Leitbild der »Leistungsgerechtigkeit« ist im Alltagsbewusstsein vieler verankert. Obwohl sich viele einig sind, dass beispielsweise in den sozialen und »helfenden« Berufen zu wenig gezahlt werde. Krankenpfleger oder Erzieherinnen haben zweifellos mehr verdient, als sie an BAT-Gehältern bekommen. Obwohl viele ihre eigene Arbeit unterbewertet finden und sich unterbezahlt fühlen. Leitvorstellung und Ideal ist die »Leistungsgerechtigkeit« trotzdem: Wenn es gerecht zugehen würde, dann bekäme jede und jeder, was er verdient... Doch die Spielregeln am Markt, wo die Erwerbseinkommen verteilt werden, sind offensichtlich andere.

## Arbeitsfreie Einkommen

Dazu kommt: Nicht allein Arbeitskraft und Leistung im Betrieb entscheiden heute über die materiellen Möglichkeiten, sondern auch »arbeitsfreie« Einkommen aus Vermögen und Besitz. Diese Einkommen, die aus Zinsen und Erträgen, aus Erbschaften und Schenkungen entstehen, entwickeln sich zu beträchtlichen Vermögenswerten, die weit stärker ansteigen als die Lohnzuwächse.

Aus ihrem Geld- und Immobilienvermögen erzielten die Besitzenden 1998 Einnahmen in Höhe von gut 300 Milliarden DM. Rund die Hälfte dieser reinen Vermögenseinkünfte werden in nur 20 % der reichsten Haushalte erzielt<sup>[43]</sup> – ohne zusätzliche Arbeit und Leistung. Die Verteilung des Wohlstands ist nicht »leistungsgerecht«, sondern folgt der Marktlogik. Leistungsgerechtigkeit ist ein Mythos und hat wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Leistungsgerechtigkeit taugt aber auch nicht als Leitbild für eine gerechte Verteilung. Denn in dieser Logik hätten beispielsweise die Millionen, die aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind und nichts zum Sozialprodukt beitragen können, auch keinen Anspruch auf eine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Darüber hinaus gibt es aber auch gar keinen objektiven Maßstab für Leistung. Selbst wenn es ihn geben würde, bleibt ein Problem: Die Idee der Leistungsgerechtigkeit ist ihrem ganzen Wesen nach nicht geeignet dafür zu sorgen, dass alle ein Einkommen zum Auskommen erhalten.

## Ein Blick auf die Fakten.

**Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), zuletzt 1998 durchgeführt, offenbart große Unterschiede bei den Haushaltsnettoeinkommen. Übertragen auf ein statistisches Bild, ergibt die Verteilung der Einkommen die Form einer Zwiebel (Angaben für den Westen, Werte für den Osten in Klammern):**

- 1 (1) % der Haushalte haben weniger als 1000 DM,
- 11 (18) % weniger als 2000 DM,
- 45 (47) % verfügen über Einkommen zwischen 2000 und 5000 DM,
- 9 (2) % können mit mehr als 10000 DM pro Monat einen großzügigen, zum Teil auch luxuriösen Lebensstil pflegen.
- Großverdiener mit mehr als 35000 DM werden in der Zwiebelstatistik nicht erfasst.<sup>[44]</sup>

## »Ungleichheit fördert Wirtschaftswachstum«

Wirtschaftsliberale Thesen haben seit einigen Jahren Hochkonjunktur. Zu den Binsenweisheiten dieser Marktphilosophie gehört die Annahme, dass Ungleichheiten in der Verteilung von Einkommen und Wohlstand einen Vorteil für Wachstum und Innovation darstellen.

## **WIRTSCHAFTSLIBERALE STELLEN SICH DIE WELT UNGEFÄHR SO VOR:**

*Eine Herde von Eseln erhält den Auftrag, eine Last von A nach B zu transportieren. Im Gegenzug bekommen die Esel einen Bund Mehl. Hat man der Herde die Karotten vor die Nase, so setzen sie sich sogleich in Gang. Die schnellsten Esel, die als erste am Ziel sind, bekommen viele Mehl, während die Langsamen nur das bekommen, was übrig bleibt. Das wissen die Esel. Deshalb sorgt der Trick mit den Karotten für ein hohes Tempo in der Herde.*

Da die Eselherde insgesamt nach getaner Arbeit »bezahlt« wird und die zu verteilende Futtermenge davon abhängt, wie schnell sie die Lasten von A nach B transportieren, geht es selbst den Langsamen mit der ungleichen Verteilung trotzdem besser, da sie zumindest eine halbe Möhre erhalten und so von den schnellen Tieren profitieren.

## **Was ist »Soziale Gerechtigkeit?«**

Für Wirtschaftsliberale stellt große Ungleichheit – je ausgeprägter desto besser! – einen Anreiz zu mehr Leistung dar. Ungleichheit fördert somit das Wirtschaftswachstum und das Beschäftigungsniveau. Mehr Ungleichheit führt zu mehr Wohlstand und ist letztlich auch für die Verlierer der ungleichen Verteilung von Vorteil.

Das ist nichts Neues. Der Versuch, Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit als die beste aller Welten zu rechtfertigen, ist ein alter Hut. Neu ist allerdings, das auch Teile der Sozialdemokratie den Charme sozialer Ungleichheit erkennen.

In der Vergangenheit sind Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie traditionell davon ausgegangen, dass die Ungleichheiten aus dem kapitalistischen Marktprozess so nicht hinnehmbar sind. Soziale Gerechtigkeit wurde verstanden als Korrektur der Verteilungsergebnisse, mit dem Ziel, diese anzugleichen und bestehende Ungleichheit zu reduzieren.

**»Verordnete Gleichheit – das lehrt die Geschichte – ist der Tod von Gerechtigkeit und Freiheit. Moderne soziale Marktwirtschaften hingegen können die Chancen auf Gleichheit erhöhen, ohne jedoch Gleichheit im Ergebnis zu sichern oder zu versprechen.«**

*Wolfgang Clement, Forum Grundrechte, April 2000*

**»Gerechtigkeit heißt heute vor allem Zugangsoffenheit, Chancengleichheit und eine Politik der zweiten Chance.«**

*Leitantrag »Sicherheit und Wandel«  
zum SPD Parteitag im November 2001*

**»In der Vergangenheit wurde die Forderung der sozialen Gleichheit manchmal mit Gleichheit im Ergebnis verwechselt.«**

*Schröder-Blair-Papier*

Neuerdings aber scheuen auch Sozialdemokraten vor so manchen sozialstaatlichen Interventionen und Korrekturen. Staatliche Eingriffe werden zwar nicht abgelehnt, aber dem freien Spiel der Marktkräfte und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft untergeordnet. Die Sozialdemokratie bestimmt neu, was sie unter »sozialer Gerechtigkeit« versteht. Soziale Gerechtigkeit wird neuerdings buchstabiert als »Chancengleichheit«. »Gleichheit im Ergebnis« wird abgelehnt. »Ungleichheit in Grenzen« ist für neue Sozialdemokraten kein Problem mehr, sondern ein Vehikel für mehr persönlichen und gesellschaftlichen Wohlstand.

Wenn sich Sozialdemokraten wortreich vom Ziel »gleicher Ergebnisse« für alle abwenden, dann macht das stutzig. Um die Hut-Gesellschaft vom Anfang aufzugreifen: Die Hutablagen sind unterschiedlich bestückt und waren das auch in der Vergangenheit. Gleich viele Hüte für alle hat es nie gegeben. Hinter dem Bekenntnis zu »Ungleichheit in Grenzen« steckt ein anderer Richtungswechsel: Statt Ungleichheit einzugrenzen sollen die Grenzen weitaus großzügiger gesteckt werden.

Eine Tendenz, die in der gegenwärtigen Verteilungspolitik durchaus erkennbar ist.

### ● **Steuersenkungen für hohe Einkommen**

### ● **stärkere Lohnspreizungen**

### ● **Kürzungen im sozialstaatlichen Leistungskatalog**

befördern Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung und vergrößern den Abstand zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft.

## **Chancengleichheit in der Ausbildung?**

Bildung zahlt sich aus. Höhere Bildung bedeutet in allen europäischen Staaten auch höhere Verdienste. Doch nach wie vor ist es so, dass Arbeiterkinder an Gymnasien und Hochschulen seltene Exemplare geblieben sind. Dafür gibt es handfeste Belege. Von Chancengleichheit kann an deutschen Hochschulen keine Rede sein. »Kinder aus sozial schwächeren Familien sind benachteiligt«, titelte am 20.7.2001 *Rheinpfalz online*. »Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Nur zwölf Prozent aller Kinder aus Arbeiterfamilien studieren. Dagegen finden drei Viertel aller Schöne und Tüchtigen von Beamten den Weg in die Hochschule, fast zwei Drittel der Kinder von Selbständigen und Freiberuflern werden Studenten. Hans-Dieter Rinkens, der Chef des Deutschen Studentenwerks, zieht aus diesen Zahlen klare Schlussfolgerungen. »In Deutschland findet auf dem Weg ins Studium eine soziale Selektion statt«, sagte er... »Das ist nicht neu; das eigentlich Skandalöse ist, dass es schlimmer statt besser geworden ist.«

Der Studie aus dem Bundesbildungsministerium zufolge hat sich der Anteil der Studenten aus den höchsten sozialen Schichten von 1982 bis 2000 fast verdoppelt. Der Anteil von Studenten aus der untersten Herkunftsgruppe ging demgegenüber um fast die Hälfte zurück.

## **Gleiche Chancen reichen nicht**

Dass kaum Kinder aus ärmeren Familien und aus Arbeiterhaushalten studieren, dafür gibt es verschiedene Gründe. Aber der Geldbeutel ist ein wichtiger davon. Gut eine Million Kinder und Jugendliche müssen von Sozialhilfe leben. Jedes siebte Kind wächst in einer armen Familie auf; in Familien, die von einem mittleren Lebensstandard weit abgehängt sind und die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens haben. Diese Kinder haben schlechte Karten, auch was ihre Bildung betrifft. Auch kreatives Spielzeug und Bücher, ein eigener Schreibtisch oder gar ein eigenes Zimmer beeinflussen den schulischen Erfolg. Bildung und Lebensverhältnisse hängen zusammen. Und letztere werden vom Geldbeutel bestimmt.

Wahr ist, dass die Schulform formal frei und unabhängig vom Kontostand gewählt werden kann. Wahr ist auch, dass Armen nicht der Zutritt zu Volkshochschulkursen und Kulturveranstaltungen verwehrt wird. Wer es mit »Chancengleichheit« ernst meint, der muss aber auch dafür sorgen, dass die notwendigen materiellen Mittel zur Verfügung stehen. »Chancengleichheit« und »Gleichheit

im Ergebnis«, letzteres verstanden als ähnliche, vergleichbare Lebensverhältnisse, sind keine zwei verschiedene Welten. Ohne Korrekturen in der Verteilung des Wohlstands zwischen Arm und Reich bleibt die Rede von »Chancengleichheit« hohles Geschwätz.

## Monopoly

**In diesem Spiel geht es »gerecht« zu. Jede/r erhält eingangs viertausend Mark und das Feld ist offen. Jede/r hat die gleichen Chancen. Jetzt braucht man nur noch ein bisschen Würfelglück, und schon hat man Häuser in Wohnvierteln, die gute Mieten einspielen oder ist Besitzer/in des örtlichen Wasserwerks. Nach ein paar Runden allerdings summieren sich die kleinen Vorteile hier und die kleinen Nachteile dort. Wer auf der Badstraße nur geringe Einkünfte erzielen kann, muss bald schon Schulden auf der Schlossallee machen. Wer auf der Schlossallee gute Renditen erzielen kann, ist in kurzer Zeit so reich, dass er aus Häusern Hotels machen kann, die wieder mehr Miete bringen... Unaufhaltsam öffnet sich die Schere zwischen vermögenden Monopolspielern und kleinen Schluckern.**

**Würfelglück ist am Ende doch eine unfaire Strategie, und Spielregeln, die besagen, dass die Schlossallee besser sei als die Turmstraße, führen zu Ungerechtigkeit.**

**Fazit: Gleiche Startbedingungen und gleiche Regeln reichen nicht aus. Damit es sozial gerecht zugeht, müssen die Spielregeln geändert werden.**

## Soziale Gerechtigkeit heißt Beteiligung

In demokratischen Gesellschaften gilt der Anspruch, dass alle die gleichen Rechte haben. Dies schließt gleiche Rechte auf Beteiligung ein. Davon ausgehend heißt soziale Gerechtigkeit, dass alle auch tatsächlich im wirklichen Leben die gleichen Möglichkeiten haben, sich einzumischen, zu beteiligen und die eigenen Interessen zu vertreten. Dieser Anspruch berührt direkt die Verteilungsverhältnisse. Damit alle ihre gleichen Rechte auf Teilhabe verwirklichen können, muss jede und jeder über eine ausreichende Mindestausstattung an Einkommen verfügen. Und um zu vermeiden, dass Einzelne extrem größere Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten als andere haben, müssen die Unterschiede bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen in akzeptablen Grenzen gehalten werden.

Wenn wir soziale Gerechtigkeit im Sinne von demokratischen Rechten denken, dann wird auch der Unterschied zur Chancengleichheit offenbar: Chancen können genutzt oder vertan werden, demokratische Beteiligungsrechte bleiben grundsätzlich bestehen.

## Bloße Gleichmacherei?

Wer eine Korrektur der bestehenden Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung fordert, wer auf Maßnahmen setzt, die die aufgerissene Schere zwischen Arm und Reich zumindest ein Stück weit schließen, der steht schnell im Verdacht, »Gleichmacherei« zu betreiben. Doch darum geht es nicht. Soziale Gerechtigkeit zu fordern, bedeutet, vergleichbare Lebensverhältnisse zu fordern. Im Bild der Hut-Gesellschaft vom Anfang ausgedrückt: Jede/r soll die materiellen Mittel erhalten, um sich mindestens einen Regenschutz, eine wärmende Kopfbedeckung und ein Schmuckstück leisten zu können. Und zwar nicht nur als Chance, wie bei einer Tombola, wo man vielleicht diese Gegenstände gewinnen kann. Sondern als garantierte Mindestausstattung in einer reichen Gesellschaft. Gleiches Recht auf Beteiligung für alle.

---

*»Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft.«*

*Claus Schäfer, Referent beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI)*

---

## Lukrative Ungleichheit?

Zurück zu den Eseln mit der Möhre vor der Nase. Nun besteht unsere Gesellschaft nicht aus Eseln, sondern aus Menschen. Die Esel müssen hinnehmen, wer wie viele Karotten abbekommt. Ihnen ist vorgegeben, wie sie leben müssen. Menschen in einer Gesellschaft können entscheiden, wie sie leben wollen – wie sie Wirtschaft und Arbeit organisieren, wie viel Ungleichheit sie zulassen wollen. Das ist nicht nur eine Frage der Moral. Vielmehr sprechen auch handfeste ökonomische Gründe dafür, auf mehr sozialen Ausgleich und auf gleichere Einkommens- und Lebensverhältnisse zu setzen. Im Eselbeispiel ist der Auftrag, Lasten von A nach B zu transportieren, völlig unabhängig von der Aufteilung der Karotten. In der Wirklichkeit bedingen sich Verteilung und Produktion jedoch.

Mit steigendem Einkommen sinken die Ausgaben für den Lebensunterhalt. Je höher die monatlichen Bezüge, um so geringer die Konsumquote. Übertragen auf die Hutgesellschaft: Zwar will jede/r einen Hut kaufen, aber keine/r schafft sich mehr als zehn Hüte an. Stattdessen wird ein entsprechend höherer Betrag beiseite gelegt: die Sparrate steigt.

Konsum und Nachfrage aber sind die Motoren der Wirtschaft. Dabei ist selbst für den Exportweltmeister Deutschland die Nachfrage im Inland die ganz entscheidende Größe. Die Exporte in alle Welt machen zusammen »nur« ein Drittel des Sozialprodukts aus. Für die Gesamtwirtschaft bringt daher eine gleichmäßigere Verteilung des Sozialprodukts auf möglichst viele Hutkäufer Vorteile:

● **KEIN GELD, KEINE KAUFKRAFT.** Am unteren Ende der Wohlstandsskala, bei denen, die in Armut oder im prekären Wohlstand leben, gibt es noch jede Menge unbefriedigte Bedürfnisse und ungedeckten Bedarf: Die alte Waschmaschine frisst ohne Ende Strom und wäscht nicht mehr so richtig sauber, doch für eine neue fehlt das Geld. Die Kinder hätten gerne die neuen Dreiviertelhosen und die Schuhe mit den korrekten Streifen – müssen sich aber mit der Mode vom letzten Jahr zufrieden geben. Drei Wochen Urlaub wären wunderbar, sind aber nicht drin.

● **ZWEIMAL SATT GEHT NICHT.** Am anderen Ende der Gesellschaft fehlt es nicht an Geld. Hier, in den reichen Haushalten, sind die Bedürfnisse allerdings weitgehend befriedigt. Wer gerade gut gegessen hat und satt ist, kauft sich nicht unmittelbar eine weitere Sahnetorte – Sozialwissenschaftler sprechen von »relativer Sättigung«. Auch eine zweite Waschmaschine oder ein dritter Fernseher sind kein Wohlstandsgewinn und werden somit nicht gekauft. Mit steigendem Einkommen wird ein immer geringerer Anteil des Einkommens für den Konsum ausgegeben und ein immer größerer Anteil auf die hohe Kante gelegt und angespart.

---

*»Mit dem Reichtum ist es wie mit dem Mist: Auf einem Haufen stinkt er - weit gestreut trägt er zu einer guten Ernte bei.«*

*Oskar Lafontaine in der Wochenzeitung Freitag vom 13.7.2001*

---

## Ungleichheit: Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung

Der Wirtschaftsprozess entspricht einer Kreislaufbewegung. Die Einkommen der Menschen stellen darin die Nachfrage dar, die den Fortgang der Entwicklung beein-

flusst: Die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen, also die durch menschliche Arbeit geschaffenen Werte, werden als Volkseinkommen in Form von Gewinnen und Arbeitseinkommen verteilt.

Selbst wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Mark sparen würden und ihr gesamtes Einkommen in den Konsum stecken, reicht ihr Einkommen nicht aus, um die gesamte Waren- und Dienstleistungsmasse profitabel absetzen zu können. Denn die abhängig Beschäftigten erhalten ja nur einen Teil des Gegenwerts der geschaffenen Waren und Dienstleistungen. Beispielsweise könnte VW nicht alle in Wolfsburg produzierten Autos mit Gewinn an die dortige Belegschaft verkaufen. Die Folge: Gäbe es nur die Nachfrage aus Arbeitseinkommen, würde in »Runde zwei« die Produktion zurückgefahren.

Damit der Wirtschaftskreislauf nicht stockt, müssen also auch die Gewinne wieder in Umlauf gebracht werden: Wer Gewinne erzielt, muss sie, durch Konsum oder Investitionen, wieder in den Kreislauf hineinbringen. Ob die Gewinne aus der ersten Runde aber auch wieder in ausreichendem Maß als Investitionen in den Wirtschaftsprozess eingehen, wird wesentlich von den Absatzerwartungen der Unternehmen und somit der Nachfrage bestimmt.

In kapitalistischen Marktwirtschaften sind somit die Lebensverhältnisse gleich in doppelter Hinsicht »gewinnabhängig«: Produziert wird nur, wenn Gewinn abfällt. Und damit die Wirtschaft rund läuft, dürfen diese Gewinne nicht auf privaten Konten brach liegen, sondern sie müssen zurück in den Wirtschaftsprozess fließen. Ob die Bezieher von Gewinneinkommen sich aber dazu veranlasst sehen, dass ist ungewiss.

Statt des Um- und Irrwegs der Gewinnförderung gibt es eine direkte Abkürzung auf dem Weg, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Öffentliche Investitionen erhalten und schaffen direkt und unmittelbar Arbeitsplätze. Ob Geld in das Schienennetz der Bahn oder in umweltverträglichere Kraftwerke investiert wird, ob Geld für Kinderhorte oder Beratungsstellen für Arbeitslose ausgegeben wird – jede Mark, die die öffentliche Hand investiert, hat einen Beschäftigungseffekt. In hochentwickelten Volkswirtschaften gewinnen öffentliche Investitionen an Bedeutung. Wenn in einem reichen Land bereits ein hoher Lebensstandard erreicht ist, lassen sich neue Bedürfnisse nicht grenzenlos neu erfinden. Im Bild der Lastesel: Die Menge der Gepäckstücke, die die Esel transportieren soll, ist endlich. Je mehr sie schon von A nach B getragen haben, desto weniger bleibt noch in Zukunft zu tun.

Deshalb geht uns noch lange nicht die Arbeit aus. Aber vieles, was an Arbeit noch vor uns liegt, wie beispielsweise sinnvolle Investitionen im Umweltschutz, wird von der gewinnorientierten Privatwirtschaft nicht angepackt. Solche Arbeit kann nur öffentlich organisiert oder durch öffentliche Investitionen erledigt werden. Damit diese öffentlichen Investitionen finanziert werden können, brauchen wir eine Umfairteilung zu Lasten hoher Einkommen und großer Vermögen in privaten Händen und zu Gunsten der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.

## Umfairteilen

**Die Korrektur und Begrenzung materieller Ungleichheit ist nicht allein aus sozialetischer Perspektive geboten, sondern auch volkswirtschaftlich vorteilhaft.**

*»Die Unternehmer verdienen, was sie ausgeben.  
Die Arbeiter geben aus, was sie verdienen.«*

\_\_\_\_\_ J. M. Keynes

## Umwege, Irrwege und Abkürzungen

Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Wer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diesem Glaubenssatz folgt, der macht einen Umweg: In der vagen Hoffnung auf mehr Investitionen und Arbeitsplätze wird die Gewinnsituation der Unternehmen verbessert, z.B. indem die Steuern auf Gewinne gesenkt werden. Der Blick in die Kristallkugel einer Wahrsagerin erübrigt sich, denn diese Strategie wurde in der Vergangenheit ausgiebig in der Praxis getestet. Die Kette »niedrige Unternehmenssteuern – mehr Gewinne – mehr Investitionen – mehr Arbeitsplätze« ist so wahr wie die Klapperstorchgeschichte. In den letzten beiden Jahrzehnten erreichten Gewinne und die Arbeitslosigkeit im Gleichschritt immer neue Rekordmarken. Für arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen ist die Aussicht auf höheren Absatz notwendig und keine Steuergeschenke.

*»Die Globalisierungsdiskussion ist eine Mehrzweckwaffe, um den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben zu verteilen (...) Wenn nur nach betriebswirtschaftlichen Kriterien entschieden wird, entlastet sich jeder auf Kosten des anderen. Die Unternehmen schrumpfen sich gesund für den Export, auf Kosten der Arbeitslosenversicherung bzw. des Staates. Der Staat kommt in finanzielle Schwierigkeiten und entlastet sich auf Kosten seiner schwächsten Bürger. Das ist eine permanente Abwärtsspirale, ein – wie der amerikanische Ökonom Paul Krugman sagt – ‚Wettlauf der Besessenen‘. Am Ende stehen alle schlechter da – und keines der strukturellen Probleme hochentwickelter Volkswirtschaften ist auch nur im Ansatz gelöst.«*

\_\_\_\_\_ Friedhelm Hengsbach, im Spiegel 10/1997

## Erst geht die Arbeit, dann das Vergnügen

# Arbeit unfaire teilen!

**Arbeitslosigkeit grenzt aus, verbreitet Armut und nimmt den Betroffenen ihre Perspektive. Staatlich geförderte Niedriglohnpolitik ist ein Irrweg und tauscht Armutslagen lediglich aus: Aus Armut bei Erwerbslosigkeit wird Armut trotz Erwerbsarbeit. Die Arbeit muss umverteilt werden! Die vorrangige Aufgabe der Beschäftigungspolitik muss sein, dass durch allgemein kürzere Arbeitszeiten wieder mehr Menschen Arbeit finden. Und jene, die arbeitslos sind, müssen vor Armut geschützt werden.**

Die Muffittuffis vom Planeten Morf schauen immer wieder gerne auf der Erde vorbei. Ein Besuch des blauen Planeten ist ein aufregendes Abenteuer: Vieles finden sie befremdlich, einiges macht ihnen Angst, anderes finden sie ausgesprochen Spaßig. Am liebsten schauen sie sich Autos an. Die gibt's auf Morf nicht, dort schwebt man schon seit einigen Sternzeiten solarbetrieben durch die Luft – die Muffittuffis sind intelligent, wenn sie auch für menschliche Nasen etwas sonderbar riechen.

Je mehr Autos auf einem Haufen zu sehen sind, desto besser. Deshalb sind die Lieblingsplätze der Muffittuffis die Autohalden und Verladestationen an den großen Automobilwerken. Viele schöne bunte Blechkisten und immer neue Modellvarianten. Doch eine Beobachtung über die Jahre bereitet den Muffittuffis Kopfzerbrechen: In immer kürzeren Abständen rollen immer mehr fertig montierte Autos aus den Werkshallen, während immer weniger Menschlinge dort arbeiten. Was machen wohl die anderen, die nicht mehr gebraucht werden?

3,8 Millionen registrierte Arbeitslose – man hat sich fast daran gewöhnt. Keiner regt sich mehr so richtig auf. Den Medien ist das Problem der Massenarbeitslosigkeit schon lange keine Zeile mehr wert. Es sei denn, man will dem Kanzler eins auswischen, der sein Versprechen nicht halten kann, die Arbeitslosenquoten bis ins nächste Jahr auf 3,5 Millionen zu senken. Alternativen zur jetzigen Beschäftigungspolitik werden selten diskutiert, die Ursachen nie analysiert. Haben wir uns mit der Massenerwerbslosigkeit abgefunden? Ist Vollbeschäftigung eine Utopie?

1960 haben die Erwerbstätigen in Westdeutschland 56 Milliarden Stunden gearbeitet, um das damalige Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften. Heute ist das westdeutsche Arbeitsvolumen auf 47 Milliarden Stunden geschrumpft und gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt um rund das dreifache gestiegen. 80 % der damaligen Arbeitszeit reicht also aus, um die dreifache Menge an Waren und Dienstleistungen zu erzeugen.<sup>[45]</sup> Das haben wir dem Produktivitätsfortschritt zu verdanken. Technischer Fortschritt und eine veränderte Organisation der Arbeit machen es möglich, dass in weniger Arbeitsstunden immer mehr produziert wird. Eigentlich eine segensreiche Entwicklung. Denn wenn die Arbeit schneller von der Hand geht, könnten wir alle früher Feierabend machen und mehr Zeit für uns und die Familie haben. Aber so läuft das nicht. Statt mehr frei verfügbare Zeit für alle, werden viele ganz herausgekegelt und sitzen zu Hause.

## Arbeitsproduktivität, Nachfrage und Beschäftigung

**Wenn pro Zeiteinheit mehr Kaffeemaschinen – z.B. durch leistungsfähigere Maschinen – hergestellt werden können, dann muss die Menge der produzierten (und absetzbaren) Kaffeemaschinen genauso anwachsen, damit es für alle Beschäftigten noch etwas zu tun gibt. Tatsächlich werden aber nur einige wenige Maschinen mehr produziert, das Wachstum in der**

**Kaffeeautomaten-Produktion liegt unter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität. Es fehlt an ausreichender Nachfrage. Wer sich eine leisten kann, der ist bereits versorgt. Das ist prima, ist es doch der eigentliche Zweck des Wirtschaftens, den nötigen Bedarf zu decken. Wer noch eine neue Maschine brauchen kann, dem fehlt es am nötigen Kleingeld. Diesem Mangel kann durch Umverteilen abgeholfen werden. Hier gilt es den Nachholbedarf zu decken, doch das ist kein Dauerprogramm. Notwendig und machbar sind kürzere Arbeitszeiten – zumal es ja ausreichend Kaffeemaschinen für alle gibt.**

**Zugegeben: Das wirkliche Leben ist komplizierter. Aber sind die Entwicklungstrends und Lösungsmöglichkeiten nicht dieselben?**

## Arbeit solidarisch teilen

Die steigende Arbeitsproduktivität erlaubt uns, weniger zu arbeiten. Diese Tatsache gilt es so zu nutzen, dass durch kürzere Arbeitszeiten mehr Menschen wieder Arbeit finden – und alle mehr vom Leben haben. Kürzere Arbeitszeiten sind der Hebel, um aus dem Produktionsfortschritt mehr Zeitwohlstand für alle zu machen.

Arbeitszeitverkürzung ist zwar nicht der allein seligmachende Königsweg, aber ein wichtiger Baustein, um Massenerwerbslosigkeit zu überwinden. Bei einem neuen Arbeitszeitstandard von 30 Stunden die Woche – dies entspricht einer Arbeitszeitverkürzung um rund 20 % – könnten bis zu 3,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.<sup>[46]</sup> Arbeitszeitverkürzung kann und muss in unterschiedlichen Formen erfolgen. Entscheidend ist, dass unter dem Strich tatsächlich kürzer gearbeitet wird und die Arbeitszeit nicht lediglich nur »phantasievoll« und flexibel gestaltet wird.

Im Angestelltenbereich verliert bei bestimmten Tätigkeiten die vereinbarte Arbeitszeit an Bedeutung und das Arbeitsergebnis rückt in den Vordergrund. Dieser Trend macht Arbeitszeitverkürzung nicht unmöglich, erfordert aber passende Formen der Verkürzung, beispielsweise Blockfreizeiten und Sabbaticals statt kürzere Wochenarbeitszeiten. Das Interesse an garantierten, verlässlichen Freizeiten verschwindet nicht dadurch, dass einzelne Beschäftigtengruppen projektbezogen jenseits fester Wochenarbeitszeiten arbeiten.

Arbeitszeitverkürzung eröffnet aber nicht nur Erwerbslosen eine neue Perspektive. Es geht auch um eine Umverteilung zwischen Männern und Frauen. Statt prekäre Teilzeitjobs für Frauen und überlange Arbeitszeiten für Männer sollte die neue Normalität lauten: 30 Stunden für beide! Kürzere Arbeitszeiten fördern zudem eine gerechtere Aufteilung der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit zwischen Männern und Frauen. Und kürzere Arbeitszeiten machen es leichter, Beruf und das Zusammenleben mit Kindern miteinander zu vereinbaren.

## Vielfältige Möglichkeiten

Beispiele, wie der Staat eine Umverteilung der Arbeit fördern kann:

- **Elternurlaub: sozial abgesicherter, vorübergehender Ausstieg aus dem Beruf aus familiären Gründen**
- **Jobrotation: Arbeitnehmer qualifizieren sich weiter – Erwerbslose werden als Stellvertreter sozialversicherungspflichtig beschäftigt**
- **Recht auf vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben, ohne Abschlag bei der Rente**
- **Lohnkostenzuschüsse an Betriebe, die Überstunden abbauen oder die Arbeitszeit generell reduzieren**

In der Vergangenheit haben nicht alle Beschäftigten die kürzeren Arbeitszeiten als einen Zugewinn an Lebensqualität erlebt. Die Arbeitszeiten wurden flexibler gestaltet, Stress und Arbeitsbelastung nahmen zu. Deshalb sind Regelungen nötig, die der Arbeitsverdichtung und der Flexibilisierung Grenzen setzen. Vereinbarungen über Personalausgleich und mehr Mitbestimmung bei den Leistungsvorgaben werden wohl zukünftig wichtiger sein als die Stundenzahl der Arbeitsumverteilung auf dem Papier. Ein Hebel gegen Arbeitsverdichtung kann darin bestehen, gesicherte Ansprüche auf Qualifizierung während der Arbeitszeit einzuführen.

Nach den bescheidenen Lohnrunden der letzten Jahre wünschen sich viele Beschäftigte vor allem mehr Geld im Portemonnaie. Deshalb müssen kürzere Arbeitszeiten und reale Einkommensverbesserungen Hand in Hand gehen.

**Für die einen ist es Arbeitszeitverkürzung: mehr Muße, mehr Zeit für Hobbys und Familie.  
Für die anderen, die heute draußen stehen, ist es Arbeitszeitverlängerung: Teilhabe an der Erwerbsarbeit und ein Erwerbseinkommen.**

## Jetzt ist aber Feierabend!

Wer kennt diese Anrufe nicht: »Du Schatz, es wird heute später.« Das gemeinsame Abendessen wird verschoben, die Kinder stehen im Schlafanzug, wenn Papa oder Mama von der Arbeit nach Hause kommen. Immer mehr Überstunden werden in Deutschland geleistet. Im vergangenen Jahr ist die Zahl auf fast zwei Milliarden angestiegen. Das heißt: Jeder Beschäftigte hat im Schnitt rund 63 Stunden mehr gearbeitet als er vertraglich verpflichtet ist. Das ist die höchste Pro-Kopf-Überstundenleistung seit der Wiedervereinigung. Nicht eingerechnet sind die unbezahlten Überstunden, denn auch die sind massiv angestiegen. Durch die extreme Arbeitsbelastung, aber auch aus Angst den Arbeitsplatz zu verlieren, stellen sich viele Arbeitnehmer noch einmal in den Betrieb, nachdem sie bereits ausgestempelt haben oder erledigen den liegen gebliebenen »Bürokram« zu Hause. Oder das Arbeitszeitkonto läuft über, und Zeitguthaben verfallen. Die Zahl der unbezahlten Überstunden werden auf grob 2,4 Milliarden Stunden geschätzt.<sup>[47]</sup>

---

*»Die massenhafte Förderung der Teilzeit, seit einigen Jahren mit verkürztem Blick als Allheilmittel angeboten, schießt ins Leere, solange sie weiterhin mit dem Gelübde ewiger Armut verbunden ist.«*

**Detlef Hensche, ehemaliger IG Medien-Vorsitzender**

Zugegeben: Nicht jede Arbeit die spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert, kann von heute auf morgen von Erwerbslosen erledigt werden. Dies gilt für den Abbau von Überstunden sowie für Arbeitszeitverkürzung allgemein. Deshalb muss die Umverteilung von Arbeit mit einer

Qualifizierungsoffensive kombiniert werden. In der Kombination mit Arbeitszeitverkürzung machen Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung auch wieder Sinn, die heute all zu oft zu Warteschleifen ohne Perspektive oder sogar zu reiner Schikane verkommen sind. Und eine solche Qualifizierungsoffensive ist die solidarische Alternative zur Forderung, Erwerbslose mit Einfacharbeitsplätzen im Niedriglohnbereich abzuspeisen, bei der letztlich Millionen von Arbeitslosen zu lernresistenten Deppen erklärt werden.

Nun ergibt eine Hand voll Überstunden in einem Kleinbetrieb noch keinen zusätzlichen Arbeitsplatz, und nicht jede Überstunde kann vermieden werden. Aber ein Abbau von Überstunden ist ein wesentlicher Schritt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wenn bezahlte und unbezahlte Überstunden konsequent in Neueinstellungen umgewandelt werden, können rund eine halbe Million Menschen wieder Arbeit finden<sup>[48]</sup>.

Wie wirkungsvoll es ist, die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, zeigt ein Vergleich: 2000 war ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 3 %. Mit diesem Wachstum stieg das gesamte Arbeitszeitvolumen um nur 0,007 % oder 4 Millionen Stunden.<sup>[49]</sup> Der Überstundenberg von fast 2 Milliarden Stunden entspricht jedoch 4 % des gesamten Arbeitszeitvolumens<sup>[50]</sup> und bietet ein vielfach höheres Potenzial für zusätzliche Arbeitsplätze!

## Taten statt Worte

Die Umwandlung der Überstunden in reguläre Arbeitsplätze ist in der Vergangenheit immer wieder am erbitterten Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Mehrmals war der hohe Überstundenberg Thema im »Bündnis für Arbeit«. Wiederholt haben die Arbeitgeber zugesagt, Überstunden abzubauen - und regelmäßig haben sie dieses Versprechen gebrochen. Deshalb bedarf es eines Rahmengesetzes, um die Überstunden konsequent zu reduzieren.

## ZUR DISKUSSION GESTELLT:

### Tarifnahe 40-Stunden-Woche<sup>[51]</sup>

Um Überstunden abzubauen und kürzere Arbeitszeiten zu fördern, wird eine tarifnahe 40-Stunden-Woche im Arbeitszeitgesetz verankert. 40 Wochenstunden markierten damit die Höchstgrenze für die Regelarbeitszeit. Das klingt paradox, denn die tarifliche Arbeitszeit ist in fast allen Branchen längst viel niedriger als 40 Stunden. Doch Tatsache ist, dass in Deutschland - im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern - rechtlich noch die 48-Stunden-Woche gilt.

### Arbeitszeitgesetz: 60 Stunden möglich

**Nach heutigem Arbeitsrecht dürfen ArbeitnehmerInnen zeitweilig bis zu 10 Stunden am Tag arbeiten. Die Überstunden müssen dann jedoch innerhalb eines Ausgleichszeitraums von sechs Monaten mit Freizeit abgegolten werden. Der Samstag gilt als Werktag. Vorübergehend kann die Wochenarbeitszeit somit von 48 auf 60 Stunden ausgedehnt werden.**

### ● RECHTLICHER SCHUTZ GEGEN LANGE ARBEITSZEITEN

Die 40-Stunden-Woche ist ein wichtiger rechtlicher Damm gegen die faktische Arbeitszeitverlängerung. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt bereits im Durchschnitt knapp über der 40-Stunden-Marke: Tendenz steigend. 11 von 100 Vollzeitbeschäftigten arbeiten gewöhnlich mehr als 40 Stunden. Hochqualifizierte Angestellte arbeiten durchschnittlich 46 Stunden. Ist die Arbeitszeit nicht im Arbeitsvertrag geregelt, dann sind es sogar

über 53 Stunden.<sup>[52]</sup> Solchen überlangen Arbeitszeiten wird auf Dauer mit der gesetzlichen 40-Stunden-Woche ein Riegel vorgeschoben.

Und warum die regelmäßige Wochenarbeitszeit nicht gleich auf wünschenswerte 38, 32 oder 30 Stunden begrenzen? Dann würde doch in großem Stil Arbeitszeit auf mehr Köpfe und Hände umverteilt. Klingt gut, ist es aber nicht. Es wäre nicht nur ein massiver Eingriff in die Tarifautonomie. Es wäre auch ein gesetzlich verordnetes Programm für niedrigere Löhne. Kürzere Arbeitszeiten wären verbindlich. Ob ein Lohnausgleich erkämpft werden kann, wäre allerdings fraglich.

#### ● **BEGRENZUNG DER BERSTUNDEN**

Die gesetzliche 40-Stunden-Woche ist eine wirkungsvolle Möglichkeit. In der Praxis sind Überstunden vielfach zur Dauereinrichtung und zu einer festen Größe in der Personalplanung geworden. Dieser so genannten »strukturellen« Überstundenpraxis wird eine Grenze gesetzt: Jede Arbeitsstunde ab der 41. Wochenstunde muss zwingend durch Freizeit ausgeglichen werden.

Hinzu könnten zusätzliche Regelungen kommen: Die Zahl der zulässigen Überstunden pro Tag und Woche wird begrenzt, Überstunden sind generell zuschlagspflichtig, und Geldzuschläge werden in Zeitgutschriften umgewandelt.

#### ● **R CKENDECKUNG F R TARIFVERTRÄGE**

Mit 48 Stunden liegt der gesetzliche Arbeitszeitstandard gegenwärtig rund 10 Stunden über dem Durchschnitt der in den Tarifverträgen vereinbarten Arbeitszeiten. Ein riesiger Abstand. Eine gesetzliche 40-Stunden-Woche signalisiert, dass die von den Gewerkschaften erkämpften kürzeren Arbeitszeiten politisch gewollt sind und geschützt werden sollen. Nicht tarifgebundenen Arbeitgebern wird eine Grenze vorgegeben, die nah an den Tarifverträgen liegt. Zulässig sind dann nur regelmäßige Arbeitszeiten, die nicht allzu weit über der tariflichen Arbeitszeit liegen. Das stärkt die Tarife.

Schon heute können Arbeitgeber und Gewerkschaften Regelungen in Tarifverträgen beschließen, die vom Ar-

---

*»Merke: Zur Normalität der Erwerbsarbeit zählt auch, dass das Arbeitsentgelt den Menschen nicht nur nährt und kleidet, sondern ihm auch eine eigene Existenz auf dem Niveau des mitteleuropäischen Lebensstandards sichert.«*

*Detlef Hensche*

---

beitszeitgesetz abweichen. Gegenwärtig geschieht dies auf Grundlage eines Arbeitszeitgesetzes, das ein »Arbeiten ohne Ende« zulässt. Eine gesetzliche 40-Stunden-Woche stärkt die Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei solchen Verhandlungen. Kommt keine Regelung im Interesse der Beschäftigten zustande, dann sind die Arbeitgeber an die engeren Grenzen des Gesetzes gebunden.

Die gesetzliche Verankerung einer 40-Stunden-Woche ist ein politisches Signal: Allgemeine Arbeitszeitverkürzungen werden als wichtige Maßnahme anerkannt, um Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

### **Vollbeschäftigung ist das Ziel**

Alle Frauen und Männer müssen die Möglichkeit bekommen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen von der sie »anständig« leben können - bei radikal reduzierten Arbeitszeiten und mit sozial abgesicherten Auszeiten. Vollbeschäftigung ist keine Utopie. Durch Arbeitszeitverkürzung, öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme, Stärkung der Massenkaufkraft und vieles andere mehr kann Vollbeschäftigung mittelfristig erreicht werden. Dabei darf die Lebenslage derer, die heute arbeitslos sind, nicht aus dem Blick geraten. Genauso wichtig wie neue Arbeitsplätze ist eine bessere soziale Absicherung für diejenigen, die arbeitslos sind.

### **Keine Arbeit – kein Vergnügen**

Arbeitslosigkeit ist eine Hauptursache für Armut. Zahlreiche Leistungskürzungen der Vergangenheit haben die Arbeitslosenversicherung löchrig gemacht. Vor allem, wer länger arbeitslos ist, rutscht leicht in die Armut ab. Die alte wie die neue Bundesregierung haben in diesem Zweig der Sozialversicherung mit dem eisernen Besen gekehrt.



Die Höhe der Leistungssätze und die Voraussetzungen zum Leistungsbezug betreffen zwar alle Erwerbslosen gleich. Verschlechterungen wirken sich aber für Frauen und Männer mit geringem Leistungsanspruch besonders hart aus, da sie schnell unter die Armutsgrenze gedrückt werden.

## **Arbeitslos und nicht arm**

Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, um die bestehenden Sicherungslücken zu schließen. Beispiele: Arbeitslosengeld sollte auch für unter 45-jährige länger als ein Jahr gezahlt werden. Untersucht man nur die »abgeschlossenen Fälle« dann sind 60 % der registrierten Erwerbslosen länger als ein Jahr auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Die jährliche 3 Prozent-Kürzung der Arbeitslosenhilfe muss generell zurückgenommen und die Rentenansprüche bei der Arbeitslosenhilfe wieder nach 80 % des letzten Verdienstes statt der ausgezahlten Leistung bemessen werden.

Wer nur sehr wenig verdient hat, erhält auch nur eine sehr geringe Arbeitslosenunterstützung. Deshalb ist es wichtig, den Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen und Niedriglöhne zu vermeiden. Und es ist außerdem notwendig, einen »Mindestsockel« in die Arbeitslosenversicherung einzubauen: Unzureichende Leistungsansprüche aus Beiträgen werden aus Steuermitteln auf einen Mindestbetrag aufgestockt, der vor Armut schützt. Das steckt hinter der Idee einer bedarfsorientierten Grundsicherung. »Bedarfsgerecht« heißt nicht, den Fernurlaub auf den Malediven zu finanzieren, sondern allen Erwerbslosen zu ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dafür ist ein Geldbetrag deutlich über dem Niveau der heutigen Sozialhilfesätze erforderlich. Hinzu kommt ein weiterer Orientierungspunkt: Niemand soll von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens leben müssen. Dies ist nur der Mindestbetrag, den derjenige erhält, dessen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung unter der Armutsgrenze liegt. Arbeitslose, deren frühere Nettoeinkommen hoch waren und deren Ansprüche über diesen Mindestsockel hinausgehen, erhalten ihren Leistungsanspruch weiterhin. Nicht eine gleiche Einheitsunterstützung für alle auf bescheidenem Niveau, sondern ein gesicherter *Mindest*betrag ist das Ziel.

Eine bedarfsorientierte Grundsicherung sichert Erwerbslosen ein Leben innerhalb der Gesellschaft – ausgegrenzt sind sie schon zu lange.

## **ECKPUNKTE EINER BEDARFSORIENTIERTEN MINDESTSICHERUNG**

- **Die soziale Mindestsicherung soll allen ein Einkommen sichern, das ihnen ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Mindestsicherung ersetzt nicht die Leistungen der Sozialversicherung, sondern stockt sie auf.**
- **Anspruchsberechtigt sind alle Personen, die über kein ausreichendes Einkommen (= weniger als die Mindestsicherung) verfügen.**
- **Die Sozialhilfe wird auf das Mindestsicherungs niveau angehoben.**
- **30 Entgeltpunkte aus der gesetzlichen Rentenversicherung könnten eine angemessene Höhe der Mindestsicherung darstellen. Das entspricht zurzeit einem Betrag von 1.430 Mark.**
- **Zweckgebundene Sozialleistungen, wie z.B. Kindergeld oder Wohngeld, sollen nicht angerechnet werden.**
- **Nicht mehr Sohn oder Tochter, sondern nur noch der Ehepartner ist unterhaltspflichtig.**
- **Die Mindestsicherung soll in die bestehenden Sozialversicherungszweige integriert und von den Sozialversicherungsträgern als Auftragsverwaltung durchgeführt werden, so dass alle Sozialleistungen aus einer Hand kommen.**
- **Nicht die Kommunen, sondern der Bund soll aus Steuermitteln die Mindestsicherung finanzieren.**

Diese Punkte sind eine kurze Zusammenfassung der Position der Gewerkschaft ÖTV aus dem Jahr 2000 zur Mindestsicherung.

## **Arbeit und Einkommen umfairteilen!**

# Anmerkungen

- [1] manager-Magazin v. 26.01.2001
- [2] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 30/99
- [3] Deutsche Bundesbank, zit. n. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Daten und Fakten, S.83
- [4] Angaben zum BIP: Statistisches Bundesamt, zit. n. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2001, Tabelle A 4
- [5] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Anhangtabelle I.1
- [6] Münster R. /Wiedemuth J): Für mehr Beschäftigung... (hbv-Broschüre 2000), S. 25
- [7] IG Metall: Öffentliche Investitionen für eine moderne Infrastruktur, 2000, S. 6
- [8] Deutschland erneuern - Zukunftsprogramm der Bundesregierung, Sozialpolitische Umschau 233/1999
- [9] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, S. 84; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2001
- [10] IG Metall, direkt spezial 01/2000
- [11] IG Metall, direkt spezial 01/2000
- [12] IG Metall, Öffentliche Investitionen für eine moderne Infrastruktur, 2000
- [13] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Anhangtabelle I.12
- [14] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2001
- [15] Verteilungsrelationen für Westdeutschland, Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle I.10;
- [16] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, S. 64 und Anhangtabelle II.4
- [17] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, S. 78, S. 64
- [18] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, S. 68
- [19] Der Tagesspiegel vom 5.12.2000
- [20] Eckregelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt, Stand 1.7.2001, Durchschnitt Westdeutschland
- [21] Armutsquoten bezogen auf den gesamtdeutschen Einkommensdurchschnitt (arithmetisches Mittel); Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle I.3
- [22] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle I.6
- [23] manager-magazin v. 26.1.2001
- [24] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle I.6
- [25] E. U. Huster: Soziale Polarisierung... in Schui/Spoo: Geld ist genug da, 2000
- [26] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle V.7 und Anhangtabellen I.15, I.23
- [27] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Anhangtabelle I.42
- [28] Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt 2000, ANBA Sondernummer Juni 2001
- [29] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle V.13
- [30] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle I.1
- [31] DGB-Bundesvorstand, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik: Zur Einkommensentwicklung..., 7.12.01, S. 1
- [32] DGB-Bundesvorstand, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik: Zur Einkommensentwicklung..., 7.12.01, S. 10
- [33] isw-wirtschaftsinfo Nr. 32, S. 11
- [34] Claus Schäfer, WSI-Mitteilungen 11/00, Tabelle 2
- [35] DGB: Pressemitteilung vom 25.05.01
- [36] Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt 2000, ANBA Sondernummer Juni 2001
- [37] DGB-Bundesvorstand, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik: Zur Einkommensentwicklung..., Tabellen 1 und 5
- [38] Claus Schäfer, WSI-Mitteilungen 11/00, Tabelle 3
- [39] Claus Schäfer, WSI-Mitteilungen 11/00, S. 760
- [40] IG Metall: Halbzeitbilanz Rot-Grün, Steuerinfo 2/2000, S. 14
- [41] Angaben des Kinderschutzbundes, zit. n. schrägstrich 5-6/01
- [42] manager-magazin vom 19.07.2001
- [43] Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, Tabelle I.12
- [44] EVS, Sozialpolitische Umschau Nr. 29/2000
- [45] eigene Berechnung nach Daten des Bundeswirtschaftsministeriums und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
- [46] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2001, S. 229
- [47] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2001, S. 228f
- [48] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2001, S. 229
- [49] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), kurzbericht 1/01, Anhangtabellen
- [50] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2001, S.228
- [51] Der Vorschlag stammt von Steffen Lehndorff, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAT
- [52] Steffen Lehndorff: Weniger ist mehr, 2001, S. 169
- Fotonachweis: Hermine Oberück (Titel, S.2, 3, 8, 11, 13, 20, 25, 31, 35), Martin Künkler (S. 23)

<b>Armut in Deutschland (1998)</b>			
<b>Armuts Grenzen (in DM/ Monat)</b>			
Verfügbares Einkommen „pro Kopf“ (Durchschnitt)*	2.788		
50% vom Einkommensdurchschnitt	1.394		
60% vom Einkommensdurchschnitt	1.672		
<b>Armutsquoten („Betroffenheit“ in Prozent der Bevölkerung)</b>			
	Gesamtdeutschland	West**	Ost**
unter 50%-Grenze	10,1	9,0	15,0
unter 60%-Grenze	19,6	17,2	29,6
<b>Armutsquoten (50%-Grenze) ausgewählter Personengruppen (in Prozent)</b>			
Bevölkerung insgesamt	10,1		
Paare mit 3 und mehr Kindern	13,6		
Kinder bis 6 Jahre	14,5		
allein Erziehende mit 1 Kind	26,5		
allein Erziehende mit 2 und mehr Kindern	42,1		

\* Gewichtete Nettoäquivalenzeinkommen: Um den unterschiedlichen Bedarf der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wird das Haushaltseinkommen nicht einfach durch die Anzahl der Köpfe geteilt, sondern die Personen gewichtet: Der „Haushaltsvorstand“ mit Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahre mit 0,7 und Kinder unter 14 mit 0,5.  
 \*\* Gemessen an gesamtdeutschen Mittel- und Grenzwerten  
 Quelle: EVS 1998, Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001

## Veraltete Zahlen?

*Liebe Kollegin, lieber Kollege, vielleicht fragst Du Dich beim Lesen, warum wir in diesem Arbeitsheft keine aktuellsten Zahlen – beispielsweise von 1999 oder 2000 – präsentieren. Reichtum ist ein scheues Wild und die Datenlage zur Verteilung ist insgesamt lückenhaft und vor allem hinken die Statistiken oft einige Jahre hinter der Zeit hinterher. Wir haben immer die neuesten Zahlen verwendet, die beim Redaktionsschluss im Juli 2001 vorlagen. Aktuelle Angaben gibt es leider nicht.*

<b>Armut und Erwerbsstatus 1998*</b>	
<b>Armutsquoten (50%-Grenze)</b>	
alle Haushalte	9,1*
alle Erwerbstätigenhaushalte	7,6
Haushalte „Normalarbeitnehmer“ (Vollzeit)	5,7**
Arbeitslosen-Haushalte	28,5

\* Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird „Armut insgesamt“ und „Armut bei Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit“ anhand zweier unterschiedlicher Datenquellen (Befragungen von Haushalten) untersucht. Dies ist der Grund für die abweichenden Prozentangaben in dieser Tabelle gegenüber der Tabelle „Armut in Deutschland“.  
 \*\* Angabe für Westdeutschland  
 Quelle: SOEP, Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001

<b>Reichtum in Deutschland 1998</b>			
Alternative Reichtumsgrenzen	Anzahl der Personen	durchschnittliches, verfügbares Einkommen in dieser Gruppe pro Kopf (Monat)	durchschnittliches Nettovermögen in dieser Gruppe pro Kopf
Einkommen und Vermögen mehr als 200 % des Durchschnitts	1.993.197	8.116 DM	614.533 DM
Einkommen über 200 % des Durchschnitts und Nettovermögen pro Kopf größer 1 Mio.	236.709	10.083 DM	1.663.355
Nettoeinkommen über 1 Mio. im Jahr*	12.707	240.449 DM	

Quelle: Irene Becker, EVS 1998 für Westdeutschland  
 \* Einkommensteuerstatistik 1995, Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001

<b>Vermögenskonzentration in Deutschland (Westdeutschland)</b>	
Die reichsten .... Prozent der Haushalte besitzen .... Prozent des Nettovermögens	
Anteil der Haushalte	Anteil am Nettovermögen
20 %	63 %
10 %	42 %
0,5 %*	26 %*
Die ärmeren .... Prozent der Haushalte besitzen .... Prozent des Nettovermögens	
50 %	5 %
20 %	haben kein Vermögen sondern Schulden von im Schnitt 4.000 DM
Nachrichtlich: Die ostdeutschen Haushalte erreichen im Schnitt nur 35 % des westdeutschen Werts.	
Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001. Nettovermögen meint das Geld- und Immobilienvermögen ohne Gebrauchs- und Betriebsvermögen nach Abzug der Schulden.	
* Quelle: German Wealth Report 2000, nur Geldvermögen	

### Statistiken: nur die halbe Wahrheit

**Die nackten Zahlen geben im Regelfall nur die Untergrenze des tatsächlichen Ausmaßes der ungleichen Verteilung wieder. Ein Beispiel: Die Zahlen darüber, wie viele Menschen in Armut leben, stammen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, bei der Haushalte befragt werden. Haushalte mit einem Monatseinkommen unter 35.000 werden dabei nicht einbezogen. Werden diese wohlhabenden Haushalte berücksichtigt, dann würden das Durchschnittseinkommen steigen und auch der Anteil derer, die nur 50 oder 60 Prozent davon haben.**

<b>Durchschnittlich verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen 1998 (in DM/Monat)</b>					
	Privathaushalte insgesamt	Selbständige	Arbeitnehmer	Rentner	Sonstige
Durchschnittseinkommen je Haushalt					
	5.280	15.840	5.510	3.730	2.840
Durchschnittseinkommen je Haushaltsmitglied					
	2.420	5.790	2.180	2.290	1.370
Zuwachs gegenüber 1991 in DM	500	1.600	430	510	230
Durchschnittseinkommen je »Verbrauchereinheit«*					
1998	3.000	7.490	2.790	2.590	1.700
relative Wohlstands- position 1998 (Alle Haushalte = 100)	100	250	93	86	57
Anmerkungen: Es ist zu bedenken, dass die einzelnen Gruppen sehr heterogen zusammengesetzt sind. So zählen die Kioskbesitzerin, der Scheinselbständige, der Transportunternehmer und die Puddingkönige der Familie Oetker alle zu den »Selbständigen«. »Arbeitnehmerhaushalte« umfassen sowohl angestellte Manager als auch die Verkäuferin im Einzelhandel. Arbeitslosen- und Sozialhilfehaushalte werden leider nicht einzeln ausgewiesen. Sie gehören zu den »Sonstigen«. * Um den unterschiedlichen Bedarf der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wird das Haushaltseinkommen nicht einfach durch die Anzahl der Köpfe geteilt, sondern die Personen gewichtet: Der »Haushaltsvorstand« mit Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahre mit 0,7 und Kinder unter 14 mit 0,5. Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW, eigene Berechnungen					

**Durchschnittliches Sozialhilfeniveau – Hilfe zum Lebensunterhalt  
(DM/Monat, Stand 1.7.2000)**

Haushaltstyp (Beispiele)	Regelsätze	Mehrbedarf	Kaltmiete	Heizkosten	einmalige Leistungen	Summe
<b>Westdeutschland</b>						
Allein Lebende/r	549	-	497	76	88	1.210
Paar	988	-	649	104	163	1.904
Paar mit zwei Kindern	1.698	-	859	116	305	2.978
Allein Erziehende/r mit einem Kind (< 7J.)	851	220	649	104	148	1.972
<b>Ostdeutschland</b>						
Allein Lebende/r	530	-	385	71	85	1.071
Paar	954	-	834	95	157	1.740
Paar mit zwei Kindern	1.640	-	702	124	295	2.761
Allein Erziehende/r mit einem Kind (< 7J.)	822	212	534	95	143	1.806

Quelle: BMA, Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001

**Durchschnittliche Regelsätze der Sozialhilfe („laufender Lebensunterhalt“, Stand 1.7.2001)**

	Haushaltsvorstand	Haushaltsangehörige				
		ab 18 Jahre	ab 14 Jahre	ab 7 Jahre	bis 7 Jahre	bis 7 Jahre bei allein Erziehenden
Westdeutschland	560	448	504	364	280	308
Ostdeutschland	541	433	487	352	271	298

Quelle: BMA

**Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und -hilfe in DM (2000)**

	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
<b>Bundesrepublik insgesamt</b>	1.425	985
Frauen	1.156	836
Männer	1.650	1.101
<b>West</b>	1.492	1.040
Frauen	1.140	838
Männer	1.792	1.143
<b>Ost</b>	1.313	911
Frauen	1.184	835
Männer	1.419	1.013

Auszahlungsbeträge ohne Beiträge zur Sozialversicherung  
Quelle: BA: Arbeitsmarkt 2000 (ANBA-Sondernummer), Juni 2001

**Arbeitslosigkeit und Beschäftigungslücke 2000 (Einheit: 1.000 Personen)**

Registrierte Arbeitslose	„Verdeckte“ Arbeitslosigkeit*	„Stille Reserve“**	Beschäftigungslücke insgesamt
<b>Deutschland insgesamt</b>			
3.889	1.799	1.301	6.989
<b>Ostdeutschland</b>			
1.359	798	239	2.396
<b>Westdeutschland</b>			
2.529	1.001	1.062	4.592

\* Z.B. Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder beruflicher Weiterbildung

\*\* Personen die nicht beschäftigt und nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind - weil Sie keine Ansprüche haben oder keine Hilfe bei der Vermittlung erwarten - aber eine Arbeit aufnehmen wollen.

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2001

## Armut: weniger als 1.394 Mark

Die Armutsgrenze sowie die Prozentanteile »der Armen« an der Bevölkerung werden aus Befragungen der Haushalte zu ihren Einkommensverhältnissen gewonnen. Dabei werden die verfügbaren Einkommen ermittelt. Verfügbares Einkommen meint die Summe aller Nettoeinkünfte im Haushalt (Nettoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung, aus Unternehmertätigkeit, Einkünfte aus Vermögen usw.) zuzüglich erhaltener Sozialtransfers wie z.B. Arbeitslosenunterstützung oder Kindergeld. Werden die verfügbaren Einkommen untersucht, handelt es sich somit um eine Betrachtung der Verteilungsverhältnisse nach der staatlichen Umverteilung, nachdem Steuern und Abgaben abgezogen und Sozialtransfers zugeflossen sind.

Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichen zu können, wird das verfügbare Einkommen des Haushalts nicht einfach durch die Anzahl der Köpfe geteilt, sondern die Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet. Dahinter stehen zwei Annahmen:

1. Leben mehrere Personen zusammen, brauchen sie einen

geringeren Geldbetrag, um die gleiche Wohlstandsposition wie ein Alleinlebender zu erreichen, da sie beispielsweise Staubsauger und Kühlschrank teilen. 2. Es wird für Kinder ein geringerer Bedarf und Geldbetrag angesetzt, um das gleiche Wohlstandsniveau wie Erwachsene zu erreichen.

So wird der Haushaltsvorstand mit 1, weitere Haushaltsmitglieder über 14 Jahren mit 0,7 und Kinder unter 14 mit 0,5 gewichtet und das Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte geteilt, z.B. bei einem Paar mit Kind durch 2,2 (1+0,7+0,5). Dadurch erhält man das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen, das 1998 bei 2.787 DM pro Monat lag. Die Hälfte dieses Durchschnittswertes ergibt die Armutsgrenze ("50%-Grenze") von 1.394 DM. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei diesen Äquivalenzeinkommen um eine rechnerische Konstruktion handelt, die nicht mit dem Pro-Kopf-Einkommen verwechselt werden darf. Bei der Einordnung leibhaftiger Haushalte muss vielmehr mit den Zahlengewichten zurückgerechnet werden. So liegt die Armutsgrenze für eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind bei 2.091 DM (1,5 [1 für die Mutter + 0,5 für das Kind] mal 1.394 DM = 2.091).